

VEREINS-ANZEIGER

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder,
sowie der freien eingeschr. Hülfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.
Redaktion und Expedition: Hamburg 22, Schmalenbeckerstrasse 17, Telephon Amt III, 3622.

Klar zum Ziel!

II.

Das sind bekannte Töne, und wie sehr sich die Unternehmervertreter bemühten, nach dieser Richtung hin ihre Wege einzuschlagen, liegt offen zu Tage. Hauptsächlich das Streben, den Ablaufstermin der Termine auf einen bestimmten Tag festzulegen, war für sie der Kernpunkt, um den sich alle übrigen Bedingungen drehen. Trotz alledem: die Begeisterung der Maler-, Anstreicher- und Tünchermeister für Arbeitgeberverbände ist von Anfang an keine sehr große gewesen, und auch heute noch steht der größte Teil der Unternehmer im Malergewerbe diesen Organisationen fern. Die Masse fühlte wohl, daß diese Verbände als Kampforganisationen zu betrachten und alle gegenteiligen Behauptungen der Führer nur problematisch aufzufassen sind.

Bei der regen Agitation, die man zur Gewinnung der noch Fernstehenden eifrigst betreibt, wird deshalb auch recht vorsichtig operiert. Man zeigt nicht gleich die Krallen der Scharfmacherei, wohl wissend, daß man mit den Verhältnissen eines Kleingewerbes zu rechnen hat und weißt nach bekannter Methode auf die Bedeutung und den Zweck solcher Arbeitgeberverbände hin, wie dies z. B. im Zentralblatt für das deutsche Baugewerbe präzisiert wurde:

„Das soziale Grundübel, an dem das deutsche Arbeitgebertum krankt, ist die fehlende Selbsthilfe vereinigter Kräfte. Mit Lamentationen über die schwindende Autorität, die erschütterte Disziplin u. a. m. ist es nicht mehr getan. Die Gewerkschaften lassen sich nicht mehr beseitigen, wohl aber vielleicht noch in geordnete Bahnen leiten, und darauf muß das Bestreben der Arbeitgeber gerichtet sein. So schwer es begreiflicherweise sein mag, Politik und Sozialpolitik in der Arbeiterbewegung auseinanderzuhalten, so muß doch unseres Ermessens der Arbeitgeber als solcher bemüht sein, den Ruf der Gewerkschaften ins Sozialdemokratische unbeachtet zu lassen. Denn der Arbeitgeber braucht zur Erhaltung seiner Gewerbeinteressen nicht politische, sondern nur soziale Kämpfe, und auch diese nicht gegen die Arbeiter, sondern gerade für die Arbeiter, in ihrem Interesse und zu ihrer sozialen Befreiung. Bei der heutigen Lage der Dinge heißt es, nach Kräften für die Harmonie zwischen Unternehmung und Arbeit einzutreten und auch den Arbeitern zu zeigen, daß die Vorteile eines gegenseitigen Vertrauens- und Friedensverhältnisses die künstlichen Gegensätze bei weitem überwiegen. Man suche deshalb die Basis der Gewerkschaften, die Unzufriedenheit der Arbeiter, zu beseitigen. Zu diesem Zweck muß als Gegenband gegen die Arbeiter-Koalitionen ein Arbeitgeberverband vorhanden bzw. ein schon vorhandener stark genug sein, damit an die Stelle des schroffen Abweizens und Vor-den-Kopf-Stoßens des einzelnen Arbeitgebers das ruhige, sachliche Verhandeln tritt. Ein mächtiges Hüften zum Kampfe während des Friedens ist dadurch keineswegs ausgeschlossen, da schließlich die ganze soziale Entwicklung auf eine möglichst umfassende Organisation der beiden sich gegenüberstehenden Interessengruppen der Unternehmung und der Arbeit hinausläuft und die beste Organisation das Feld behaupten wird. Das Verhängnisvolle ist aber gerade, daß während die Arbeiter jahrzehntelang mit größtem Erfolge ihr „Proletariat aller Länder, vereinigt euch!“ gepredigt haben, die Einigkeit der Unternehmer immer erst im Abwehrkampf, wenn es häufig zu spät ist, und nur für den Kampf geboren wird. Die Bedeutung der Arbeitgeberverbände liegt aber nicht im Kampf; ebensowenig sind mit der Beseitigung der Guerillakriege durch Tarifgemeinschaften die Aufgaben der Arbeitgeberverbände erfüllt. Die soziale Bedeutung derselben liegt neben diesen Hauptfaktoren darin, daß eine dauernde, starke Organisation unter strenger Leitung planmäßig die Gegenorganisation beständig auch im Frieden im Schach hält, sie durch immerwährende Rüstung vor einem Kampfe mit der sicheren Aussicht auf Niederlage zurückwehrt, und daß sie neben diesen realen Zwecken auch an der idealen Förderung mitarbeitet.“

Unser Verband ließ sich von seiner zielklaren Organisationspolitik nicht abbringen, nur zu gut wissen unsere Mitglieder, daß bei den wirtschaftlichen Kämpfen nicht Macht und Moral entscheidet, sondern allein die Macht. Die Erfahrung aus den zahlreichen Kämpfen in den letzten Jahren hat es vom neuem bestätigt, daß allein in der Stärke und in dem Gerüstsein unserer Organisation die

einzigste und feste Sicherheit für das Wohl der Kollegen liegt.

Die weiter in Süddeutschland errichteten Landesverbände schlossen sich alsbald dem süddeutschen Zentralverband der Maler- und Tünchermeister an. Nach festgelegten Programmpunkten, wie sie sich aus dem Normalstatut ergaben, entwickelten sich noch der Arbeitgeberverband für das Maler- und Lackierergewerbe zu Hannover und Linden, der am 27. Mai 1904 gegründet wurde, der rheinisch-westfälische Maler- und Anstreicherbund und der Bund Norddeutscher Maler- und Lackiermeister, der 1905 mit dem Berliner Verband in ein Kartellverhältnis trat. Auch die zahlreichen Ortsverbände, die seitdem in Sachsen, Thüringen, Braunschweig, Rheinland und Westfalen, Mecklenburg, Schleswig-Holstein usw. wie Pilze aus der Erde schossen, waren nach einer Methode zugeschnitten und mit den Satzungen des Kartellverbandes ausgerüstet:

1. Arbeitnehmer, welche aus einem Streitgebiet kommen, dürfen unter keinen Umständen eingestellt werden, bevor der betreffende Streit beigelegt ist.

2. Kein Kollege darf Arbeit, welche durch den Streit abgebrochen wurde, ohne ausdrückliches Einverständnis des vom Streit betroffenen Kollegen weiterführen oder vollenden.

3. Die Korporationen des Verbandes verpflichten sich, Lohnstarke, welche event. abgeschlossen werden, demart zu verhalten, daß dieselben mit dem 31. Dezember 1908 ablaufen, mit vierteljährlicher Kündigung vorher.

4. Jeder Arbeitgeber hat dem Arbeitnehmer beim Schluß des Arbeitsverhältnisses einen Entlassungsschein auszuhandigen, aus welchem deutlich hervorgeht, ob der Arbeitnehmer als Gehülfe oder Anstreicher beschäftigt war; ferner hat jeder Kollege beim Einstellen von Leuten einen Entlassungsschein der letzten Arbeitsstelle von diesem zur Einsicht einzufordern.

Wenn auch die Satzungen der allgemeinen Unternehmerverbände vielfach von denen der Berufs-Unternehmerverbände abweichen, so stimmen sie doch hinsichtlich des Zweckes in dem einen Punkt überein, daß „unberechtigte“ Forderungen der Arbeiter gemeinsam mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln abgewehrt werden sollen. Selbstverständlich machen die statutarischen Bestimmungen des auf gut abgegrenzten Gauorganisationen aufgebauten Hauptverbandes deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe, nachdem der Zusammenschluß aller bestehenden Einzelverbände erfolgt ist, ebenfalls keine Ausnahme. Niemals waren die Unternehmer bei der Ausübung ihrer Kampfmittel lange wäflerisch und auch bei ihrer Agitation scheuten sie weder terroristische Mittel noch tendenziöse Unwahrheiten.

Berechtigte Forderungen sollen anerkannt werden. Was verstehen aber die Unternehmer unter berechtigten und unberechtigten Forderungen? Nun, bei dieser Frage, die sich fast durchwegs um die Festsetzung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse dreht, haben wir im Laufe der Jahre bittere Erfahrungen gemacht, die Lohnkämpfe innerhalb unseres Gewerbes sind berechtete Zeugen dafür. Während es auf der einen Seite gelang, mit den Meistern auf friedlichem Wege einen Ausgleich zu finden, wurde auf der anderen Seite auch bei minimalsten Forderungen der prozantige Unternehmerstandpunkt entgegenstellt, man ließ es um eine Lohnerhöhung von 1 oder 2 % die Stunde lieber zum offenen Kampf kommen, damit ja der Herr-im-Haule-Standpunkt gewahrt blieb. Eine berechtigte Forderung kennen solche Unternehmer überhaupt nicht und hier trifft in vollem Maße zu, was der württembergische Gewerbeinspektor Herr Harbegg in seinen vor 2 Jahren gehaltenen Vorträgen über „Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände“ ausführte, daß die Frage: wer darüber entscheidet, ob eine Forderung der Arbeiter berechtigt ist oder nicht, in der Verantwortung auf grundsätzliche Unterschiede zwischen den Verbänden führt. In den Statuten der Arbeitgeberver-

bände sind diese Unterschiede zwar nicht immer klar ausgesprochen; in der Praxis aber kommen sie scharf zum Ausdruck. Es handelt sich hier nicht darum, ob der eine Verband als statutarischen Zweck seiner Tätigkeit unter anderem auch die Förderung des Wohles der Arbeiter bezeichnet, ob den Mitgliedern der Versuch gütlicher Beilegung von Differenzen statutenmäßig obliegt oder nicht. Es handelt sich um die eine prinzipielle Frage: Stellen sich die Unternehmerverbände auf den Boden des Koalitionsrechtes, d. h. erkennen sie die Organisation der Arbeiter als gleichberechtigte Institutionen gegenüber den Unternehmern und deren Verbänden an? Sind sie geneigt, die erwählten Vertreter der Arbeiterorganisationen anzuerkennen und mit ihnen zu verhandeln oder nicht? Um diese Kardinalfrage dreht sich alles, drehen sich heute die meisten Kämpfe zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Von diesem Gesichtspunkte aus können wir im deutschen Unternehmertum zwei Richtungen erkennen: die eine, welche die Organisationen der Arbeiter anerkennt, die andere, die sie verwirft.

Beide Richtungen sind auch in unserem Gewerbe vertreten. Wir wollen hier nicht auf die einzelnen Fälle hinweisen, die als sicherste Beweismittel dienen können, sie sind unseren Kollegen noch zu gut in Erinnerung. Die gleichen Kampfmittel, die die notorischen Scharfmacherverbände in Anwendung bringen, halten auch die als scharfmacherisch sich hervortuenden Elemente in unserem Gewerbe für geeignet, die organisierten Gehülfen niederzurufen: Anwendung von Zwangsmassregeln, um aus der Organisation auszutreten — Bestreben zur Züchtung und Heranziehung von Streikbrechern, — Herausgeben von schwarzen Listen, um die anderweitige Beschäftigung abgereister streikender Gehülfen unmöglich zu machen und so den Kampf zu verneuern — und last not least, auch die jegige Hauptwaffe der Unternehmerverbände, der Aussperrungsrummel, dürfte nicht für unser Kleingewerbe zur Aufnahme in das Waffenarsenal verabsäumt werden, trotzdem, als vor 2 Jahren zum erstenmale eine Malerinnung den Beschluß faßte, bei günstiger Gelegenheit alle organisierten Maler- und Anstreichergehülfen auszusperrn, weitans der größte Teil der Unternehmervertreter einen solchen Plan als blödsinnig bezeichnete. Wie rasch sich jedoch alles ändern kann, erleben unsere Kollegen daraus, daß kaum ein Jahr später schon einer der Hauptvertreter für Unternehmerverbände im Malergewerbe den Programmpunkt aufstellte:

„Zur Abwehr „unberechtigter“ Forderungen dienen, nachdem alle anderen Mittel erschöpft, Einzel- und Gesamtaussperrungen: a) an einem Orte; b) in sämtlichen Orten, die dem Verbands angehören, c) Wahrung der Aussperrung über ganze Länderteile, d) über ganz Deutschland.“

Möge man sich ruhig weiter mit derlei Methoden beschäftigen — Durchführbarkeit und Erfolg stehen denn doch auf einem anderen Blatt geschrieben, da den Aussperrungspraktiken in den vorhandenen und konstant bleibenden Gegensätzen in den Reihen der Unternehmer selbst nach verschiedener Richtung hin Grenzen gezogen sind. Gewiß, politische Gründe und konfessionelle Anschauungen verhindern die Unternehmer nicht, in geschlossenen Verbänden solidarisch ihre Interessen wahrzunehmen; diese Dummheit überlassen sie getrost den Arbeitern, die ja bedauerlicher Weise ausgiebigen Gebrauch davon machen; aber wohl kaum trifft für ein anderes Kleingewerbe in höherem Grade zu als für das unsere, was Dr. Müller sehr treffend mit den Worten bezeichnet: „Das Zwangsgeleis der Konkurrenz beherrscht die Unternehmer.“ In unserem Gewerbe mit den tausenden von vielen kleinen Betrieben treten die tiefgreifenden Interessengegensätze unter den Meistern aufs deutlichste hervor und das in diesem Frühjahr gezeitigte Resultat aus dem erstmaligen Versuch, eine größere Aussperrung zu inszenieren, dürfte auch auf die Unternehmer nicht ohne die heilfame Lehre gewesen sein, daß dieses gepriesene Allheilmittel eine zweischneidige Waffe ist, mit der sie niemals siegen werden. Selbstverständlich dürfen sich aber unsere Kollegen nicht darüber hin-

wegtäuschen, daß innerhalb der Reihen unserer Unter-nehmer solche Kräfte im Gange sind, die auf eine Machtprobe größeren Stils hinarbeiten, hauptsächlich zu dem Zweck, unseren Verband schwach zu setzen. Besonders die immer wieder beachtenswerten Auslassungen der Arbeitszeitung lassen keinen Zweifel übrig, daß es dem organisierten Unternehmertum viel weniger um die Abwehr von ihrem Ermessen nach unberechtigten Arbeiterforderungen zu tun ist, als durch einen geschickt unternommenen Feldzug auf breiter Angriffsfläche die Organisationen zum Weichbluten zu bringen und so das beliebte „Serr-im-Hause-Sein“ fernerhin zu sichern. Der Verlauf des soeben stattgefundenen Delegiertentages des Zentralverbandes deutscher Industrieller in Berlin ist ein neuer Beweis dafür, faste doch der bekannte Geheimrat Rirdorf den Geist der Beratungen in das alte Scharfmacherwort zusammen: Wir wollen auf dem Herrenstandpunkt stehen bleiben! Wie sehr solche Stimmen aus den Reihen der Großindustriellen, die sich mit Stolz „Scharfmacher“ nennen, bisher auch unter den kleinen Handwerksmeistern Beachtung und Nachahmung gefunden haben, bedarf nach unseren vorstehenden Erörterungen keiner weiteren Begründung.

An den eigenartigen Verhältnissen unseres Gewerbes liegt es, daß einer potenzierten Scharfmacherei von vornherein enge Grenzen gezogen sind; dazu kommt, daß die Kämpfe der letzten Jahre innerhalb unseres Gewerbes nicht spurlos an den scharfmacherisch gesinnten Elementen vorübergegangen sind, was ganz besonders zum Vorteil derjenigen Richtung beitrug, die auf dem Boden der Tarifverträge zu stehen vorgibt. Der Einfluß dieser Richtung macht sich in der Zunahme der friedlich verlaufenen Lohnbewegungen in steigendem Maße bemerkbar, so gelang es 1903 in 8 Städten, 1904 in 13 Städten, 1905 in 26 Städten und 1906 in 61 Orten Tarifverträge zu vereinbaren, ohne daß es zum Kampf kam. In Betracht kamen insgesamt 4664 Werkstätten mit 15 410 Beschäftigten. Wir können also mit dem bisherigen Verlauf der Entwicklung nur zufrieden sein, wir erblicken darin den hoch erfreulichen Erfolg von der steigenden Macht unseres Verbandes.

Durch das Prinzip des kollektiven Arbeitsvertrages, durch die tariflichen Festsetzungen ist die U n t e r l e n n u n g unserer Organisation bereits vollzogen worden und wir können es mit um so größerer Genugtuung begrüßen, wenn jetzt auch durch den Beschluß aller Arbeitgeberverbände des Masergewerbes zu Hannover offiziell unser Verband als vertragschließender Teil anerkannt worden ist. Trotzdem dürfen unsere Kollegen nicht vergessen: die Leistungen unserer Unternehmer und ihre eifrigen Bestrebungen an dem weiteren Ausbau ihres Verbandes mahnen uns, daß wir unsererseits alle Kräfte zusammenfassen müssen und nie an ein Abwärtigen denken können. Einzig und allein von der Stärke unserer Organisation und der Taktik, die sie einschlägt, hängt unsere weitere Position ab. Nur zum Ziel! Deshalb muß immer und immer wieder als erste und eindringlichste Mahnung, die sich aus der Tatsache der so erfolgreichen Organisationsbestrebungen unserer Unternehmer für unsere gesamte Kollegenchaft ergibt, die sein: *S i e i n i n d e n V e r b a n d*, in Reich und Glied mit deinen Berufsgenossen, um mit ihnen gemeinsam zu arbeiten und zu wirken zur Erlangung menschenwürdiger Lohn- und Arbeitsbedingungen!

So stehen wir voll Ernst und Kraft
Ein Bruder für den andern,
So wollen wir gewissenhaft
Dem Ziel entgegenwandern.
Wir stehen fest und wanken nicht,
Wir wissen was wir wollen.
Wir stehen, bis die Schranke bricht,
Die uns hat trennen sollen!

Die christlich-nationalen Sägen von Thron und Altar.

II.

Die übe Renommisterei des Ministers Bethmann-Hollweg mit den Leistungen der deutschen Sozialpolitik wurde sehr schön illustriert durch die Aeußerung eines Delegierten, der es sehr beauerlich fand, daß auf dem Gebiete der Erfüllung sozialpolitischer Forderungen der Arbeiterchaft in den letzten Jahren gar nichts geschahen sei. Und selbst der Vorsitzende und Oberhauptweiser Behrens mußte mit Bedauern feststellen, daß von den Forderungen des Frankfurter Kongresses (vor vier Jahren) bis her nicht eine einzige von der Regierung erfüllt worden und daß deren wichtigste, die Sicherung der Koalitionsfreiheit, noch nicht einmal im Programm der Regierung angeführt worden ist. Der Stöderkschüler Behrens stellt sich dümmere, als er ist, wenn er sich den Anschein gibt, als ob er an die ehrliche Absicht der Regierung glaubte, etwas Durchgreifendes für die Arbeiter zu tun. Und wenn er insbesondere seinen Zuhörern den Glauben beibringen will, die Reichsregierung werde niemals einen wirksamen Arbeiterchutz und ein freies Koalitionsrecht schaffen, so grenzt dies schon sehr stark an bewußten Schwindel. Allerdings „das warme Herz“ der Regierung wird ja bei jeder Gelegenheit auf den Tisch des Hauses gelegt, aber die Taten bleiben aus. Und wenn irgendwo der Grundlag gilt, daß kein Maulputzen hilft, sondern daß gepuffen werden muß, so ist dies bei der Sozialpolitik der Fall.

Aber nicht nur der „Minister für Verschönerung der Sozialpolitik“ schmerte den christlich-nationalen Schwachköpfe Sonntag und Maul, sondern auch die Vertreter aller reaktionären Parteien des Reichstages waren erschienen und sagten ihr Sprüchlein her. Im Namen der konservativen Fraktion wünscht der Abgeordnete Pauli aus

Wotsdam, ein „Arbeiterfreund erster Klasse“, dem Kongreß vollen Erfolg. Der Reichstagsabgeordnete Schwabach versicherte das Interesse der nationalliberalen Fraktion an den Verhandlungen. Dabe doch erst in den letzten Tagen der Abgeordnete Wassermann auf dem Wiesbadener Parteitag ausgesprochen, daß die Nationalliberalen das Koalitionsrecht nicht nur nicht antasten, sondern es in freierlichem Sinne ausbauen wollen. Reichstagsabgeordneter Liebermann v. Sonnenberg: daß wir von der Wirtschaftlichen Vereinigung der Einladung Folge leisteten, war einfach selbstverständlich. Wir sehen in Ihrer Bewegung geradezu eine rettende Tat. Die Wirtschaftliche Vereinigung zählt zwei Arbeiter zu ihren Mitgliedern. Damit ist der Sozialdemokratie das Monopol der Arbeitervertreter auch vor der Öffentlichkeit genommen. Reichstagsabgeordneter Erzberger überbrachte die Grüße der Zentrumsfraktion, der stärksten Fraktion des Reichstages. Das Zentrum hat als erste aller bürgerlichen Parteien Arbeiterabgeordnete als hochwillkommene Kollegen in die Reichstagsfraktion aufgenommen. Die Geschichte der deutschen Sozialpolitik ist auch die Geschichte des Zentrums. Wir haben die Forderungen des Frankfurter Kongresses als Initiativanträge im Reichstage gestellt und es ist nicht unsere Schuld, wenn die Forderungen von damals noch nicht verwirklicht sind. Fast alle bürgerlichen Parteien haben hier ausgeführt, sie wollten im Sinne der Frankfurter Beschlüsse wirken. Hoffentlich kommen wir im Reichstage künftig schneller vorwärts als bisher. Reichstagsabgeordneter Ding wünschte namens der Freikonservativen den Verhandlungen den besten Verlauf.

Es wirt auf den Kongreß und seine Macher ein eigenartiges Licht, daß gerade die reaktionärsten, arbeiterfeindlichsten Parteien ihre Vertreter geschickt hatten. Diese Parteien, die den Arbeiter nur zur Wahlzeit kennen und als Stimmvieh mißbrauchen, bekamen die freche Stirn, von Arbeiterfreundlichkeit zu reden. Die konservativen Junker — teils Döhlen von Geburt, teils Döhlen aus Prinzip, wie ihr Führer Hermann Wagner schon vor Jahrzehnten sagte — haben die Arbeiter gar nicht auf der Rechnung, da für sie der Mensch erst beim Baron anfängt; mit Wohlmut würden sie einen Staatsreich wagen und das Reichstagswahlrecht beseitigen, wenn sie nicht bange wären, daß sie sich die Finger dabei verbrennen; sie möchten ihre Dienstboten und Tagelöhner am liebsten wieder zu Leibeigenen machen und die gesamte Arbeiterchaft mit Hilfe der Hungerzölle dem Elend überliefern. Die nationalliberalen Scharfmacher und Kapitalpropheten schreien nach dem Buchtausegeß und treten das Koalitionsrecht mit Füßen, sie hoch auf ihren Gelbäc und wollen nichts von einer Unterhandlung mit den Arbeiterorganisationen oder gar von einer Gleichberechtigung zwischen Unternehmern und Arbeitern wissen. Und die Zentrumskleute, die den Zolltarif unseligen Andenkens durchgedrückt haben, und die Antileuten, die allen reaktionären Bestrebungen zuzubeln — alle diese Leute erscheinen auf dem Reichstagskongreß und halten Begriffsmaßansprachen, in denen sie den Arbeitern Erfolg wünschen. Wahrlich, man weiß nicht, ob man sich mehr über die Frechheit der Redner oder über die Dummheit der Zuhörer wundern soll.

Selbsterständlich schickte man auch dem deutschen Kaiser, als dem Schirmherrn der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, das übliche Jubiläumstelegramm, in dem man die unwandelbare monarchische Treue und nationale Gesinnung zum Ausdruck brachte und das Gelübde ablegte, man wolle immerdar stehen zu Kaiser und Reich, Küst und Vaterland. Und dann hieß es weiter: „Der Kongreß vertraut dem von Ew. Majestät in dem Erlasse vom 17. November 1906 ausgesprochenen Allerhöchsten Willen, daß die Gesetzgebung auf dem Gebiete der sozialpolitischen Fürsorge nicht ruhe und in Erfüllung der vornehmsten Christenpflicht auf den Schutz und das Wohl der Schwachen und Bedürftigen fortgesetzt bedacht ist.“

Diese Guldigung, die eine Illustration bildet zu dem Schillerwort: „Männerkoll vor Königs throne“, hatte den gewünschten Erfolg, denn der Kaiser ließ seinen Dank ausprechen, der mit jubelndem Beifall aufgenommen wurde. Wie wenig praktische Bedeutung eine solche Kundgebung hat, das geht deutlich daraus hervor, daß auch der „erste“ deutsche Arbeiterkongreß ein Telegramm des Kaisers erhielt, was ein christlich-nationales Blatt zu dem Humus begifferte, „daß die Staatsregierung und vor allem Ew. Majestät der Kaiser wohl den denkbar besten Eindruck von diesem ersten, in größerem Umfang stattgefundenen Kongreß christlicher Arbeiter Deutschlands gewonnen haben. Zu dieser Annahme berechtigt uns das sehr hübsch gehaltene persönliche Antworttelegramm des Kaisers an den Kongreß. Ein solches Kaisertelegramm dürfte noch keinem Kongreß zuteil geworden sein. Es berechtigt also zu den besten Hoffnungen bezüglich der leider in den letzten Jahren ins Stocken geratenen Fortführung der Sozialreform in Deutschland.“ Was das damalige Telegramm bewirkt hat, ist ja bekannt und was das diesmalige Telegramm bewirkt wird, werden die proletarischen Byzantiner auch noch merken.

Aber das ist nun einmal das Unglück dieser christlich-sozialen Arbeiter. Sie kennen nicht das Wesen des Klassenstaates und von der Natur des Kapitalismus haben sie keine blasse Ahnung. Sie leben in Illusionen und Hoffnungen wie die kleinen Kinder. Und doch wird auch für sie der Tag kommen, an dem sie erkennen, daß sie sich auf dem Irrwege befinden und daß es ein verhängnisvoller Irrtum ist, sich auf die Hilfe der Regierung und der bürgerlichen Parteien zu verlassen, anstatt sich auf die eigene Kraft zu stützen. Das wird für die christlich-nationalen Sägen eine schlimme Enttäuschung werden, aber auch eine heilsame Lehre.

Der neue Reichstag.

Nur eine kurze Spanne Zeit noch und die Reichsboten verkommen sich erneut, um über das Wohl und Wehe des deutschen Volkes zu beraten und zu beschließen. Der Reichstag nimmt in diesem Jahr seine Verhandlungen wieder unter ganz besonders bedeutungsvollen Umständen auf. Drückt doch die seit langem währende und immer fühlbarer werdende maßlose Teuerung in einem Maße auf das Volk, daß eine Veränderung dieses Zustandes das dringendste Erfordernis der Zeit ist. Von der Mochmehheit des Reichstages sind allerdings lindere Maßnahmen in dieser Hinsicht nicht zu erwarten, obgleich ohne Zweifel wie früher nach Eröffnung des Reichstages ein sozialpolitisches Wettrennen der bürgerlichen Parteien mit Anträgen, Resolutionen und Interpellationen beginnt, das jedoch ausgehen wird wie das Hornberger Schießen, da es keiner der bürgerlichen Parteien einfällt, mit dem not-

wendigen Ernst und Nachdruck für ihre Forderungen einzutreten.

Wir haben ja das Schauspiel zur Genüge gehabt, daß in den Eratsdebatten, Interpellationsdebatten usw. von Hochrednern, Ministern und vom Reichskanzler in allen Tonarten schöne arbeiterfreundliche Worte gesagt und vom Vollbringen sozialpolitischer Taten gesprochen wurde, das Endergebnis war aber gewöhnlich gleich Null.

Die Reichstagsaktion dieses Frühjahrs z. B. hätte dem Geschrei und dem Getue nach, das die bürgerlichen Parteien aller Schattierungen vor, während und nach den Wahlen auführten, dem arbeitenden Volk eine Flut von Vorteilen und Wohlthaten bringen müssen. Was aber ist in der ganzen Session Positives geleistet worden? Nichts, absolut gar nichts. Von der Unmasse der Initiativanträge ist auch nicht ein einziger zur Beratung gelangt, die Sozialpolitik ging, abgesehen von dem Beschluß betreffend die Beamtenwitwen, leer aus. Die Modparteien wollten eine neue Aera der Sozialreform eröffnen, der „einzig sozialpolitische Fortschritt“, den sie verzeichnen, ist die Erbröckelungsvorlage gegen die freien Hütskassen. Dagegen wurden uns neue dauernde, ständige wachsende Ausgaben, neue Anleihen und vermehrtes Bedürfnis nach neuen Steuern beschert. Was wird der neue Reichstag bringen? Die Regierung hat es während der Vertagungsperiode an Drängelungen nicht fehlen lassen, die bekunden sollen, wie treu besorgt und eifrig sie für das Wohl des Volkes ist. Sie wird dem neuen Reichstag eine Novelle zur Gewerbeordnung vorlegen, nach welcher vom 1. Januar 1910 an der Maximalarbeitsstag für Frauen auf 10 Stunden täglich festgelegt wird. Selbstverständlich nur für Frauen, die in der Industrie beschäftigt sind. Würden auch die in der Landwirtschaft beschäftigten oder gar das Gesinde einbezogen, würden Junker und Avarier ein fürchterliches Geschrei erheben und von „Untergrabung aller gesellschaftlichen Ordnung“ reden. Das Gesetz wird ja wohl im Reichstag rasch seine Erlebung finden, weil die verbündeten Regierungen sich mit den in Betracht kommenden industriellen Arbeitgebern über die Herabsetzung der Höchst-arbeitszeit der Arbeiterinnen von 11 auf 10 Stunden verständigt haben.

Einzubilden braucht sich die Regierung auf diese sozialpolitische Tat nichts. Andere Staaten haben den Rehnfundentag für Arbeiterinnen längst; England z. B. schon seit dem Jahre 1844 und der 10stündige Maximalarbeitsstag für Frauen bleibt heute hinter der industriellen Entwicklung zurück.

Rechnungsachrichten zufolge soll auch eine Regelung der Heimarbeit getroffen werden. Namentlich scheint eine Ausdehnung der Gewerbeinspektion auf die Hausindustrie geplant zu sein. Der Gesetzentwurf soll dem Reichstag noch vor Weihnachten zugehen. Man wird auf tun, sich in der Sache keinen optimistischen Hoffnungen hinzugeben.

Offiziös ist mitgeteilt worden, daß dem Reichstag gleich nach seinem Zusammentritt ein Reichsvereinsgesetz vorgelegt werden soll. Ueber den Inhalt des neuen Gesetzes gehen die verschiedensten Nachrichten um. Soviel sich fest, daß das Gesetz neben einigen Vorteilen Verschlechterungen aufweist die es für die Arbeiter unannehmbar machen. Die Bestimmungen, wonach in Versammlungen aller Art die deutsche Sprache als Verhandlungssprache vorgeschrieben wird, würde 8—9 Millionen Reichsangehörigen (Polen, Dänen usw.) das Versammlungsrecht kurzerhand entziehen, da diese Reichsangehörigen nicht deutsch sprechen können. Dem Vereinsgesetz wird daher in dieser Form stärkster Widerstand entgegen treten müssen.

Die Witwen- und Waisenversicherung, mit der schon so viel Tamtam geschlagen worden ist, scheint noch in weitem Felde zu sein. Darauf lassen wenigstens verschiedene Ausführungen schließen, die in letzter Zeit von „Nachverständiger unterrichteter Seite“ gemacht worden sind. In den Akten des Parlaments schlummert außerdem eine Fülle von Anträgen sozialpolitischer Art, die dank der Regierung und der bürgerlichen Parteien keine oder wenig Aussicht auf baldige Verwirklichung haben. Ein Ueberblick über diese Anträge lehrt, was im wesentlichen gefordert wird: Ausbau der Koalitionsgesetzgebung, freiheitliche Regelung der Reichsverhältnisse der Berufsvereine, Arbeitslosensicherung und Umgestaltung der Tarifgemeinschaften, Schutz der Bauarbeiter und Ausdehnung der Baukontrolle unter Zugleichnahme von Arbeitern, sozialpolitische Fürsorge für die Privatbeamten, rechtliche Gleichstellung der technischen mit den kaufmännischen Angestellten, Vereinfachung der Versicherungsangelegenheiten (Herabsetzung der Grenze für Altersrenten auf 65 Jahre), Verarmungs- und Koalitionsrecht, Reichsberechtigter Fachgerichte für ländliche Arbeiter, reichsrechtliche Regelung des Wohnungswesens, der Arbeitsverhältnisse in den Bergwerken, Heimarbeiterschutz, Abschaffung der Konkurrenzkauf, Handelsinspektoren, Erfinderschutz für Arbeiter und Angestellte, Ausdehnung der Gewerbeordnung auf Arbeitgeber und Arbeiter der gewerblichen Gärtnerei, Reichsarbeitsamt, Ausdehnung der Krankenversicherung, endlich Arbeiterchutz für Bureauangestellte.

Mit den erst erwähnten Vorlagen dürften aber die sozialpolitischen Aufgaben, die in nächster Zeit der Lösung durch den Reichstag harren, erschöpft sein. Durch besondere Reichhaltigkeit zeichnet sich das Programm nicht aus. Um so schwerer werden die Lasten sein, die dem Volk noch durch die Gesetzgebung aufzuleisten werden. Angekündigt sind diese Lasten längst. Zum Ausbau unseres herrlichen Kriegsheeres werden neue Forderungen erhoben und ebenso müßer für die Marine neue Mittel flüchtig gemacht werden. Auch der neue Mann im Kolonialamt wird weitere Millionen verlangen, um sie im afrikanischen Sand zu verpulvern. Alle diese Forderungen kosten Geld, viel Geld sogar, das aber erst beschafft werden muß, denn die Reichskassen sind leer. Angekündigt ist ja nun, daß die Regierung mit einer Forderung von rund 250 Millionen Mark neuer Steuern an den Reichstag vertritt werden werde. Wie der sich dazu verhalten wird, ist vorauszusehen. Durch die Preßorgane fast aller bürgerlichen Parteien weht zwar Oppositionsluft, doch dadurch darf man sich nicht täuschen lassen. Die nationalliberale Partei hat es bereits als höchste patriotische Pflicht angesehen, die Forderungen der Regierung mit Hurra zu bewilligen und von dieser Gewohnheit wird sie auch künftig nicht ablassen. Daß das Zentrum gegen die Regierung poltert und mit ihren Maßnahmen sehr unzufrieden ist, kann nur politischen Kindern imponieren.

Das Zentrum ist die ausschlaggebende Partei im Reichstag und kann, wenn es will, die Regierung zwingen, eine volksfreundliche Politik zu treiben. Aber es will nicht! Um die Arbeiter zu fördern, gebärdet es sich fürchterlich rabal — bis zur entscheidenden Abstimmung. Auf diese Weise wird es den Angehörigen der verschiedenen Bevölkerungsklassen gerecht, die es in seinem Turm zusammenhält. Den Krant- und Schlotkunkern hilft das Zentrum

durch seine Taten, die Arbeiter, die sich von ihm betören lassen, speist es mit Nebenarten ab.

Die beginnende Tagung des Reichstages wird recht lebhaft Verhandlungen bringen, an welchen die Arbeiterschaft aufs höchste interessiert ist. Ueber das Ergebnis dieser Verhandlungen wollen wir uns aber keinen Illusionen hingeben. Den Vertretern der Arbeiter steht eine kompakte Majorität gegenüber, welche als Nichtschur für ihr Handeln die Vermehrung des Reichstums der Besitzenden betrachtet und deshalb willens ist, die aufwärts strebende Arbeiterschaft mit allen Mitteln niederzubalzen. Eine Zeitlang mag sich die Politik erfolgreich sein, auf die Dauer läßt sie sich nicht durchführen. Je stärker die Steuerschraube angezogen wird, je mehr die Maßnahmen der Regierung und der Gesetzgebung das Volk zum Hunger zwingen, um so nachdrücklicher werden auch die Schichten zum Nachdenken genötigt, die dem öffentlichen Leben bisher gleichgültig gegenüberstanden. Den Arbeitervertretern im Parlament wird immer wieder der Vorwurf gemacht, daß sie die Massen zur Unzufriedenheit aufreizten. Dieser Vorwurf brauchen sie sich sicherlich nicht zu unterziehen, sie können sich darauf beschränken, dem Volke die wahre Ursache der unbefriedigenden Zustände darzulegen und ihnen den Weg zu zeigen, auf dem sie ihrer Unzufriedenheit den richtigen Ausdruck geben können. Der Erregung von Unzufriedenheit unterziehen sich in mehr als ausreichendem Maße die herrschenden Gewalten und die bevorstehenden Reichstagsverhandlungen werden das aufs neue beweisen.

Lohnbewegung.

Sperren. Ueber folgende Werkstellen wurde die Sperre verhängt:
Anothe in Neugersdorf (sächs. Lausitz); Martin & Weber in Brückenan; Sennequin & Hanfer in Meh.

Sperren, über die innerhalb vier Wochen nicht berichtet wird, werden aus dieser Bekanntmachung gestrichen.

Ladierer.

Nach Neu-Henburg und Westhofen (Rheinheffen) ist Zugang strengstens fernzuhalten.

— Müßelheim. Die Lohnbewegung der Ladierer und Metallarbeiter bei der Nähmaschinen-, Fahrrad- und Motorwagenfabrik Wam Opel in Müßelheim ist durch schriftliche Vereinbarung zwischen Firma und einer Arbeiterkommission beigelegt. Drei Stunden Arbeitszeitverkürzung, Lohnausgleich und anderes mehr ist erreicht worden.

Aus unserem Berufe.

+ Verwendung von Bleiweiß im Eisenbahnwagenbau. Eine Verfügung des Eisenbahn-Zentralamts in Berlin vom 23. September 1907 an die sämtlichen Wagenbauanstalten besagt, daß, „nachdem durch langjährige eingehende Versuche nunmehr festgestellt sei, daß ein vollgültiger Ersatz von Bleiweiß in ungelbten Farben, insbesondere Lithopone und Mineralweiß nicht gefunden ist, beim Anstrich von Holz- und anderen Teilen der Eisenbahnwagen in Zukunft vorgenannte Farben nicht weiter zu verwenden seien. Einzig geübte Bestandteile von Lithopone und Mineralweiß können dagegen aufgebraucht werden.“ Emphatisch ruft auch schon das Fachblatt der Bleiweißfabrikanten und Farbenhändler, die „Farbenzeitung“, aus: „Bleiweiß hat gesiegt! Viele Entscheidungen sind einen nachhaltigen Einfluß auf das Bleiweißgeschäft nicht verfehlen.“ Natürlich, der dreimal geheilte Profit geht voran, mögen auch fernhin durch die Verwendung von den Bleifarben giftigen hunderte unserer Kollegen ihre Gesundheit zum Opfer bringen. Unglaublich ist es fast, wie eine solche Verfügung erlassen werden konnte, nachdem unzweifelhaft feststeht, daß doch das giftige Bleiweiß durch andere Farben ersetzt werden kann. Hat nicht bereits Frankreich das gesetzliche Verbot des Bleiweißes im Prinzip beschlossen? Haben nicht bereits seit 1901 sämtliche französischen Ministerien in ihren Verwaltungen und über 380 Gemeinden, darunter Städte wie Paris usw. die giftigen Bleifarben verboten? Weiß das Zentralamt nicht, daß in den skandinavischen Ländern der Verbrauch von Bleiweiß auf ein Minimum beschränkt ist, fast gar nicht in Betracht kommt, in Desterreich auf eine Einschränkung der Bleifarben hinauswird und auch in Ungarn sehr wenig zur Verwendung kommt? Selbstverständlich, wenn überall ein Fortschritt auf dem Gebiete der Hygiene und des allgemeinen Volkswohls wahrzunehmen ist, darf man in Preußen-Deutschland nicht zurückbleiben — auf dem Wege des Rücktritts. Von Wichtigkeit wäre übrigens, einmal zu erfahren, wo, wann, durch welche Personen und auf welche Art und Weise die Versuche stattfanden, die zu einem Resultat geführt haben, wie es einzig und allein der kleinen, aber mächtigen Gruppe der deutschen Bleiweißindustriellen entspricht.

+ Abermals Soldaten als Lohnbrüder! Der schon in Nr. 35 des N. M. von Dresden aus bekannte Fall, Soldaten zu allerlei Maler- und Anstreicherarbeiten zu verwenden, scheint auch in anderen Orten und zwar in noch krasserer Form Schule machen zu wollen. In vorliegendem Falle hat man sich nicht auf die Ausführung von Maler- oder sonstigen Militärarbeiten beschränkt, sondern hat Soldaten an einen Malermeister verborgt, damit derselbe seine Privatarbeiten fertigstellen kann. Die Kollegen der Zahlstelle Stendal hatten in Erfahrung gebracht, daß bei Herrn Malermeister Canne in Stendal zwei Soldaten des 10. Magdeburgischen Husarenregiments, das dajelbst in Garnison liegt, allerbhand Privatarbeiten und auch Fassadenarbeiten ausführen. Genannter Malermeister hat schon öfters Kollegen ansprechen und sich dann auf billige Art die Arbeiten durch Soldaten fertigstellen lassen. Die zwei Soldaten erhielten von Herrn Canne 30 Stundenlohn. Persönliche Beschwerden unseres Vertrauensmannes hatten nicht den gewünschten Erfolg und wurde deshalb von der Verwaltung Magdeburg aus eine Eingabe an das Regimentskommando gerichtet, die innerhalb fünf Tagen ihre Erledigung fand. Die Antwort vom Regimentskommando darauf lautete in kurzer und hübsiger Weise wie folgt:

An den Geschäftsführer des Verbandes der Maler, Lackierer und Anstreicher, Magdeburg, Tischlergasse 22.
Auf das Schreiben vom 13. 9. 07 wird Ihnen mitgeteilt, daß ohne Wissen des Regiments Leute zur Hilfe-

leistung dem Malermeister Canne hier selbst zur Verfügung gestellt waren. Freiherr von

Oberstleutnant und Regimentskommandeur.
Aus dieser Antwort ist klar ersichtlich, daß das Kommando von der Verwendung der Soldaten zu Malerarbeiten nicht unterrichtet worden war und man es auf gewissen Seiten verstanden hat, die vorgelegten Behörden zu täuschen und eventuell daraus noch Profit zu ziehen. Hoffen wir, daß, wenn in anderen Orten ähnliche Magazine zutage treten sollten, sofort Beschwerden an die richtigen Instanzen eingereicht werden.

+ Arbeitslosenstatistik der Filiale Cassel für den Monat Juli 1907.

Zahl der Arbeitslosen		Zahl der Lage wegen		Tage auf pro Kopf der		Lohnverlust wegen	
Befragte	Kranke	Arbeitsmangel	Arbeitslosigkeit insgesamt	Befragte	Arbeitslosen	Arbeitsmangel	Arbeitslosigkeit
444	12	4	190	78	68	0,6	15,8
							7
						M	M
						M	M
						M	M
						M	M

Für den Monat August:

450	14	5	161	114	275	0,6	11,5
							22,8
						M	M
						M	M
						M	M
						M	M

+ Arbeitslosenstatistik der Filiale Frankfurt a. M. für den Monat August 1907:

Zahl d. Befragte		Zahl d. Arbeitslosen		Zahl der Lage		Ausgefallene Arbeits-tage wegen		Tage auf pro Kopf der		Lohnverlust wegen		Gesamt-Lohnverlust
Befragte	Arbeitslosen	Arbeitsmangel	Arbeitslosigkeit	Befragte	Arbeitslosen	Befragte	Arbeitslosen	Befragte	Arbeitslosen	Arbeitsmangel	Arbeitslosigkeit	
1584	131	2115	1214	901	103	9,06	4,92	5936	46	4459	95	10396,41

München. Die Christlichen suchen ihr Arbeitswilligen-organisatorischen immer wieder als die alleinseligmachende anzupreisen und faustdicke Lügen müssen herhalten als Agitationsmittel. Ein von ihnen hergestelltes Lügenflugblatt, das für 10 J. pro Exemplar an die geistig, ach so armen Mitglieder abgesetzt wird, enthält u. a. Lügen auch die, daß die Streikbrecher bei uns stets liebevolle Aufnahme finden. Dem wollen wir aktienmäßige Tatsachen gegenüber stellen. Die ehemaligen Mitglieder, später Arbeitswilligen Gebr. Bichler, drohten uns, sobald sie ausgeschlossen würden, dem christlichen Verband beizutreten. Wir schlossen sie schriftlich doch aus und gaben den Christlichen schriftlich davon Kenntnis. Das Resultat war, daß die beiden Arbeitswilligen doch bei den Christen Aufnahme fanden, wiewohl man sich fürchtete, daß wir ihnen „Mitglieder abtreiben“ wollten. Weiter wurde der schon 1905 bekannte Arbeitswillige Fürnkäs, der auch dieses Jahr als solcher fungierte und den Christen genau bekannt war, „aus tatsächlichen Gründen“ aufgenommen und noch eine Reihe ähnlicher Leute. In der Tarifkommission mußte der Bruder in Christo auf Grund obiger Tatsachen mit den Unternehmern stimmen, daß eine Einladung an nichtorganisierte Arbeitswillige „Maßregelung sei“, sonst hätte er den in seiner Organisation geschlossenen Chancen nicht Rechnung tragen können, weil es ihnen so äußerst unbecommen war, daß die Arbeitswilligen zum Teil Mitglieder der Christen waren und das christliche Organisationchen in ein Nichts zerfallen wäre, hätten sie ehrl. die gewerkschaftlichen Konsequenzen ziehen müssen. Hatte man doch auch den Streikbruch schon vollkommen organisiert, weshalb für diese Leute der Name „Arbeitswilligenheim“ vollständig zureichen würde. Ein anderes Märchen vom Schiedspruch des Einigungsamtes berichtet, daß es eine Maßregelung festgestellt haben soll und unser Vertreter hätte betont, daß dieselbe dann nicht bewirkt erfolgt sei. In dem Schiedspruch ist von Maßregelung kein Wort enthalten, sondern die Einladung einfach als Unstatthaft erklärt und vom Gericht beigelegt, daß diese Unbetrachtung nicht bewirkt erfolgt; dagegen hat unser Vertreter die Ansicht konsequent vertreten, daß es unmöglich sei, in einer einfachen Vorladung eine Maßregelung zu finden. Prinzipienfest erklären auch die Christen, wenn ihnen bei künftigen Bewegungen nicht die nötige Beachtung (und das dürfte ziemlich viel sein) geschenkt werde, sie ohne Bedenken dem Vorgehen des christlichen Holzarbeiterverbandes in Göln folgen würden. Immer sind sie bei der Hand, für schöne Unternehmerworte bestehende Arbeiterrechte preiszugeben, auch behaupten diese Führer schon, ein höheres Lohngebot als im Tarif unter ihrer Mitwirkung festgelegt, vor dem Abschluß seitens der Meister gehabt zu haben, was nur zwei Möglichkeiten zuläßt: entweder sie schwindeln bewußt, oder sie haben die Gesamtheit um diesen Mißbetrag geprellt und so müssen auch dem Mindesten die Augen aufgehen, daß man es hier nur mit Maulheben zu tun hat, die in dem eigenen Sumpf zugrunde gehen müssen und denen keine Existenzberechtigung zuzuerkennen möglich ist.

Vom Ausland.

Oesterreich. Zugang ist fernzuhalten nach Abbazia und Voloska.

Ungarn. In Sarajewo wurden die Zimmermaler- und Anstreichergehilfen ausgesperrt.

Ungarn. Zugang ist fernzuhalten nach: Mistole, Arab, Ghula, Mararom, Lugos, Szatmar, Szolud und Kolozsvar.

Schweiz. Gelpert sind für Lackierer die Wagnerfabriken von C. u. N. Geißberger und Gebr. Meier in Zürich.

Rußland. Drang nach Aufklärung. In letzter Zeit stand vor den russischen Gewerkschaften besonders hart die Frage von der Notwendigkeit, die aufklärende Tätigkeit der Berufsorganisationen zu verstärken, auf. In einer ganzen Reihe von Gewerkschaften und Verbänden — der Metall- und Druckerarbeiter, Techniker, Wäcker u. a. — wurde schon zur Organisation von Vorträgen für Mitglieder, zur Errichtung von Bibliotheken, zur Einführung von literarischen Abenden u. a. m. geschritten.

Zum Ziel der Vereinigung und Regulierung dieser aufklärenden Arbeit fand in diesen Tagen in Petersburg eine gemeinsame Sitzung der Vertreter der stärksten Verbände mit den Vertretern der bereits existierenden Bildungsvereine statt. Die Versammlung beschloß, eine besondere technische Gruppe zur Arrangierung von Vorträgen, literarisch-musikalischen Abenden u. a., und eine Gruppe von Referenten zur Ausarbeitung von Thematika und zur Abhaltung von Vorträgen über theoretische und praktische Fragen der gewerkschaftlichen Bewegung zu organisieren. Als die nächsten Thematika sind vorgesehen: „Die Formen der Arbeiterbewegung“, „Aufgaben und Ziele der Gewerkschaftsbewegung“, „Geschichte der westeuropäischen Gewerkschaftsbewegung“ u. a. Außerdem erachtete es die Versammlung für nötig, in allen Arbeitervierteln Berufs-bibliotheken zu organisieren; zu diesem Zweck wurde die Bildung einer Spezialkommission beschlossen.

Auf diese Weise wurde der erste Anfang zu einer rationelleren Formierung der Aufklärungsarbeit, diesem wichtigen Betätigungsfeld der Gewerkschaften, gemacht. Welchen Druck auch die Regierung auf die Gewerkschaften ausüben mag — sie strecken nicht nur nicht die Waffen, sondern verstehen es sogar, die Sphäre ihrer Tätigkeit zu erweitern.

Amerika. Unions-Lohnsätze in New York. Nach der New Yorker Staatszeitung hat das Spezialkomitee, dessen Aufgabe es ist, auf die Vermeidung von Differenzen zwischen Unternehmern und Arbeiterverbänden hinzuwirken, nach eingehenden Beratungen mit den Gewerkschaften für das kommende Jahr 1908 folgende Lohnskala (Tagelöhne) der einzelnen Berufe aufgestellt:

Beruf	Doll.	Beruf	Doll.
Backsteinmaurer	5.60	Schmiede	4.—
Bisler	5.50	Elektriker	4.—
Zimmerer	5.—	Sattler	4.—
Schreiner	5.—	Rohrleger	4.—
Maschinen (Bewegl.)	5.—	Anstreicher	4.—
Maschinen (statisch)	5.—	Mammer	4.—
Installateure	5.—	Polsterer	4.—
Pflasterer	5.—	Lackierer	4.—
Steinmaurer	5.—	Dachbeder	3.75
Hauschmiede	4.80	Rigger	3.75
Metzer	4.80	Buchbinder	3.50
Maschinen (stat.)	4.50	Dockbauer	3.50
Maschinen	4.50	Wagner	3.50
Klempner	4.50	Schmiedehilfen	3.—
Maschinenbauer	4.50	Feizer	3.—
Steinbauer	4.50	Schmiedere	3.—
Klempner	4.50	Zementarbeiter	2.80
Decorateure	4.50	Steinarbeiter	2.40

Von dieser vereinbarten Lohnskala ist sämtlichen Departementschefs Kenntnis gegeben worden.

England. Der Bericht über Streiks, Aussperrungen und Schiedsgerichte im Jahre 1906 wurde dieser Tage veröffentlicht. Im Vergleich mit den Jahren 1903 bis 1905 zeigte das Berichtsjahr eine größere Zahl von gewerblichen Konflikten und beteiligten Personen. Folgende Tabelle gibt für die letzten fünf Jahre die Zahl der Konflikte, die in jedem dieser Jahre begannen, die Zahl der Arbeiter, die von den Konflikten betroffen wurden, und die Gesamtdauer der Konflikte:

Jahr	Zahl der Konflikte	Zahl der betroffenen Arbeiter	Dauer der Konflikte in Arbeitstagen
1902	442	116 824	256 667
1903	387	93 515	23 386
1904	355	56 280	30 828
1905	358	67 653	25 850
1906	486	157 872	59 901

Die größte Zahl der betroffenen Arbeiter lieferte die Bergbauindustrie; im Jahre 1906 war auch die Zahl der betroffenen Textilarbeiter, Mechaniker und Schiffsbauer erheblich. Eine bedeutende Zahl der durch Konflikte verlorenen Arbeitstage kam in den letzten Jahren auf die Konfektionsindustrie in Ost-London. Die weitaus größte Zahl der Konflikte wurde durch direkte Unterhandlungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern geregelt. Im Jahre 1906 wurden 70 Proz. der Konflikte auf diese Weise erledigt. Durch Ausgleichs- und Schiedsgerichte wurden nur sehr wenige Konflikte geregelt, nämlich: im Jahre 1902: 27; 1903: 29; 1904: 28; 1905: 25; 1906: 46. In Konflikten, die Lohnfragen betrafen, waren im Berichtsjahre die Unternehmer erfolgreich, denn nur 17 Proz. der direkt betroffenen Arbeiter lehnten ihre Forderungen durch, während 35 Proz. unterlagen und 46 Proz. auf Kompromisse eingingen. In Fragen der Arbeitszeit kam es zum größten Teile zu Kompromissen.

Eingefandt.

Die Kollegen Hamburgs, die Mitglieder der Kranken- und Sterbekasse der Maler- und Lackierergewerkschaft zu Hamburg sind, werden darauf aufmerksam gemacht, daß am Freitag den 15. November 1907, abends 7 Uhr im Lokale des Herrn Springborn, Valentinskamp 40, eine Mitgliederversammlung stattfindet zur Wahl von 60 Vertretern und 15 Ersatzmännern zur Generalversammlung. Die wahlberechtigten Passivmitglieder wollen sich beschreiben von ihren Meistern eine Delegationskarte aus-händigen lassen und pünktlich zur Stelle sein.

Sterbefälle.

Berlin. Am 20. Oktober starb der Koll. Joseph Segat im Alter von 24 Jahren.
Vergeblich. Am 9. Oktober verchied unser Kollege Georg Bod im Alter von 21 Jahren.
Frankfurt a. M. Am 26. Oktober starb unser Kollege Stornia.
Ehre ihrem Andenken.

Dereinstell.

Bekanntmachung.
Eine Beitragserhebung in den Winterwochen von 25 J wird den Filialen Bayreuth, Wismar, Worms und Zehlendorf hiermit befristet.
Die Neu- und Ersatzwahlen in den Filialverwaltungen, die bis zum 1. d. M. beim Vorstände gemeldet wurden, sind hiermit anerkannt.

Unterrichtskurse. Die Wahl über die Teilnahme von 10 Mitgliedern zu den Unterrichtskursen der Generalkommission ist vom Vorstande vollzogen und den Gewählten schriftlich davon Mitteilung gemacht.

Das Mitglied Johann Gleißner, Buchn. 23 904, eingetretten am 2. Juli 1904 zu Regensburg, wird auf Grund des Statuts § 7 Abs. a vom Verbands ausgeschlossen. Es ist leicht möglich, daß sich derselbe auf Grund des Mitgliedsbuches, welches infolge der Entwendung von Beitragsmarken die Beiträge entrichtet sind, zum Empfang der Reiseunterstützung meldet.

Duplikate wurden ausgestellt für die Kollegen: Georg Affian, Buchn. 20 239, bez. 34 W. 07 (Frankfurt a. M.); Max Freundt, Buchn. 30 694, bez. 47 W. 07 (Forbach); Joh. de Boer, Buchn. 35 915, bez. 32 W. 07 (Berlin).

Der Vorstand.

Bericht der Hauptkassierers vom 30. Oktober bis 4. November. Für das 4. Quartal gingen ein:

Döwenberg M 75.50; Hamm 3.50; Kempen 60.—; Meß 150.—; Thorn 211.60; Sagan 46.80; Braunschweig 400.—; Zena 150.—.

Zuschüsse wurden abgesandt: Swinemünde M 60.—.

Material wurde versandt:

W. = Beitragsmarken. E. = Eintrittsmarken. D. = Duplikatsmarken. F. = Futterale. Br. = Broschüren. Altenburg 400 B. a 50 S; Annaberg 10 E; Bauen 400 B. a 50 S; Cassel 8000 B. a 20 S, 50 S; Danzig 2000 B. a 60 S, 8000 B. a 20 S, a 50 S; Dessau 20 E; Duisburg 5 Br.; Erlangen 800 B. a 20 S; Finsterwalde 400 B. a 50 S, 400 B. a 20 S, 20 E; Görlitz 400 B. a 50 S; Gotha 1200 B. a 50 S; Guben 400 B. a 50 S; Grünberg 100 B. a 50 S; Hersfeld 100 B. a 50 S; Königsberg 400 B. a 60 S; Nürnberg 10 000 B. a 20 S, 400 B. a 20 S (weibliche), 100 E; Pirmasens 200 B. a 50 S; Saalfeld 400 B. a 20 S; Schwelmungen 400 B. a 20 S; Walenburg 200 B. a 50 S; Weiz 1200 B. a 25 S. S. Wenzler, Kassierer.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse

Bericht des Hauptkassierers vom 27. Oktbr. bis 2. Novbr. Ueber die Kasse von den örtlichen Verwaltungen wurden eingekassiert von Rousseau-Nachen 190 M; Nothher-Adlershof 100 M; Oberling-Weimar 100 M; Daur-Erlingen 50 M; Arnold-Halle a. S. 200 M; Wahl-Rentlingen 100 M; Wehrhamburg-St. Georg 350 M; Zimmermann-Lorgan 11.74 M; Schap-Braunschweig 200 M; Stahmer-Swinemünde 100 M.

Krankengelder erhielten: Buchn. 30 330, G. Gimpel in Pfaffschwende in Eichsfeld 21 M; Buchn. 7699, F. Hartmann in Limburg a. Lahn 12.60 M; Buchn. 26 757, S. Schmidt in Grevesmühlen i. Mecklenburg 16.80 M; Buchn. 27 701, G. Schaal in Geislingen in Württemberg 46.20 M; Buchn. 27 180, G. Heß in Krüpperweg 16.80 M; Buchn. 27 671, E. Pöslach in Bartenstein in Ostpr. 18.90 M. Sterbegelder wurde gezahlt für E. Pöslach in Bartenstein in Ostpr., Buchn. 27 671, 55 M. S. H. Wille, Hamburg 22, Schmalenbekerstr. 17.

Anzeigen.

Berlin.

Orts-Krankenkasse der Maler und verw. Gewerbe.

Montag, 18. November, abends 8 1/2 Uhr,

Mitglieder-Verammlung

in den „Armin-Hallen,“ Kommandantenstraße 58-59.

L.-D.: Ersatzwahl von 61 Delegierten. Mitgliedskarte legitimiert.

Der Vorstand.

Filiale Görlitz.

Auszahlung der Reiseunterstützung erfolgt beim Kollegen H. Blische, Demianiplatz 40, 2. Etage, abends von 6-7 Uhr. (M 1.20) Der Vorstand.

Wer die Adresse des Kollegen Heinrich Lukas aus Gonsenheim b. Mainz, 19 Jahre alt, zuletzt in A. M. in Bremen in Arbeit, kennt, wird gebeten, dieselbe umgehend an die Filiale Mainz zu senden. (M 1.—)

Der Kollege Heinrich Wähle aus Nötzgebüttel wird gebeten, seine Adresse dem Kollegen Hans August in Fürstenwalde (Spre) Viktoriastr. 1, mitzuteilen. (80 S)

Um gefällige Auskunft über den gegenwärtigen Aufenthaltsort des Malers und Anstreichers Wilhelm Engemann, geb. am 4. April 1883 zu Warburg, zu den Akten 859/07 wird ersucht. Cassel, 30. Oktober 1907.

Der Amtsanwalt.

Achtung!

Alle Zusendungen für die Filiale Coblenz sind an den Bevollmächtigten Friedrich Schreiner, Castorstr. 54, zu richten. (80 S)

Gesucht durchaus erfahre. Spezialist zum Ader auf Nüchennöbel. Offerten mit Preis unter T. 1250 an Geur. Eisler, Hamburg.

Filiale Oranienburg.

Den reisenden Kollegen zur Kenntnis, daß die Schlafmarkenausgabe bei dem Kollegen A. Sande, Mühlensfeld 4 (Gehaus) erfolgt. Dieselben berechtigen zum unentgeltlichen Uebernachten in unserer neuerrichteten Herberge, Mühlensstr. 31, bei Fris Heider. Der Arbeitsnachweis befindet sich bei dem Kollegen F. Dehnte, Neuterplatz 12, 1. Geöffnet von 6-7 Uhr abends. (M 2.40)

In jeder Stadt in jedem Dorf

Binnen Maler. Dadurch sich ständig guten Nebenverdienst sichern durch leichte im Haus auszuführende Lackarbeiten Sommer und Winter immerwährende Geldquelle in unbegrenzter Höhe. Nach durch Otto Schenker, Singen a. S., Baden, Elberstr. 22.

50 bunte Malvorlagen Mk. 6.—. Landschaften, Blumen, Seestücke, Vögel, Früchte, Amoretten, Jagdstücke, Tiere etc. (Naturgetreu). Ph. Brühl, Gießen i. Westf.

Mod. Pratt. Schriftenheft 1.50 Mk. und 80 Pfg., ferner Anleitung zum Schrifteinteilen von König 2.70 Mk., Schriftenheft mit 100 versch. Schriften von Reiche 2.50 Mk., 20 Diktuben 4 Mk., Malerkästler und Malerleiber billig.

P. Steet,

Nürnberg, Ob. Wöhrstr. 18.

„Süddeutsche Postillon“

Humoristisch-satirisches Witzblatt. Preis pro Nr. 10 Pfg.

Verlag von M. Ernst in München.

Malerkalender

für 1908.

Der Preis beträgt pro Exemplar 60 Pfg. Bei Partiebezug von mindestens 10 Exemplaren wird den Filialverwaltungen das Stück zu 55 Pfg. verrechnet, sodas 5 Pfg. für Kolportagekosten verbleiben. Bei Bestellungen von weniger wie 10 Exempl. kommt der volle Betrag in Anrechnung. Jeder Einzelbestellung von Mitgliedern sind 10 Pfg. für Porto extra beizulegen. Bestellungen sind umgehend an den Vorstand zu richten.

Erste Kölner Holz- und Marmor-Schule

Prämiert: Doberan 1905. — Moskau 1907.

!! Nur einen Monat Unterricht !!

für naturgetr. Holz- oder Marmormalerei bei Fr. Schott, Schwerin i. M. S. Selbst geringe Vergabten volle Garantie. Illustrierte Prospekte der Schule und des Werkes zur Selbsterlernung frei.

MALERSCHULE HAMELN a. d. Weser.

städt. sub. unter staatl. Aufsicht.

Erfolgreicher Unterricht in der Dekorations-, Holz- und Marmormalerei, sowie Vortrage, Buchführung, Berechnung von Arbeiten durch bestätigte Fachlehrer. Gegründet 1896. — Separate Lehrsäle. — Prospekte frei.

Jeder intelligente Maler wird sich in seinem Interesse und im Interesse seiner Firma über die Fortschritte der einschlägigen Industrie orientieren. Prospekt über das rühmlichst bekannte

Mahlers Fondier

versendet gratis und franko Mahler & Co., Bamberg II.

Aufklärung!

Wollen Sie die Holz- oder Marmormalerei gründlich erlernen, so benötigen Sie dazu wenigstens

2 bis 3 Monate Unterricht.

Spezialschule für Holz- und Marmor-Imitation

Fr. Welershausen & Co., Hamburg 5, Lindenstr. 19.

Beginn: 15. Oktober bis 15. März.

Verlangen Sie Prospekte!

Schüler unseres Institutes erhielten nur erste Preise!

Bum Selbstunterricht: Neue Holz-Malereien M 18.—; Serie II: Neue Marmor-malereien M 15.—, beide Werke M 32.—.



Vergrößerungen am besten und billigsten

z. B. auf Zeichnpapier 36/46 cm 46/56 cm 60 Pfg. 70 Pfg.

(Negative gratis) liefert

Richard Swierzy, Ges. m. b. H., Berlin C., Wallstr. 89. — Telefon Amt I, 3008.

Tägl. Anerkennungen. Preisliste gratis u. franko

Sonntags- und Abendunterricht für Holz-Imitation

nach neuer praktischer Methode erteilt Gg. Hintze, Holzmalerei, Hamburg-Hamm, Döhnerstr. 9, pt. Prospekt gratis.

Malerschule Boxtehnde

älteste Schule für Dekorationsmalerei 1898 wieder goldene Medallien und Ehrenpreise. Progr. d. Direktor Eislerweg.

Malerschule

von W. Schütze, Hamburg 15.

Maler - Mäntel,

nur eigenes Fabrikat und beste Qualität

Ungelegenen, schräge Taschen

110 120 130 140 cm lang

5.— 8.10 8.25 8.40 M

Mäßen 40 S, Messel-Hosen 2.10 M, Drell-

Hosen und Jacken von Leinen à 2.80 M,

Extra-Größe per Stück 3.— M.

D. Wurzel & Co., Berlin,

Brückenstraße 13, I.

Malerschule für dekorative Malerei

Wilhelm Christens, Kunstmaler Düsseldorf, Wehrhahn 32. Prospekt frei.

Malerschule

für Holz- und Marmor-Imitation von A. Pritschau, Gammelburg, (Böhern). — Gründliche, in der Praxis bewährte Ausbildung. — Beginn des Kurses vom 15. November 1907 bis 1. März 1908. Prospekt gratis.

Maler - Schule

O. Karde, Kiel.

Fach-Schule für Holz- und Marmor-Malerei M. Nabben, Unterstr. 118

Düsseldorf Begr. 1896. Prämiert mit höchsten Auszeichnungen und Medaillen. Dortmund 1906 Schüler 1. und 2. Preise.

Prospekt frei. Borenwalze D.-R.-G.-M. Saar 8 Mk.

Erste Schule für Holz, Marmor und Schrift

Wilhelm Klingelmann, München, Liebigstrasse 22. Prospekte gratis. [2.00] Prospekte gratis.

Abendunterricht

in Holz- und Marmormalerei S. Muff, Altona, Alsenplatz 1, III.

Düsseldorfer Fachschule für Holz- und Marmormalerei

Loskill & Schnellen, Schirmerstrasse 8. Anfang: 1. November bis 1. März.

Dortmund 1906 höchste Auszeichnung dieser Branche. Prospekt frei.

Holz- und Marmorschule

von C. Christen, Hamburg, Sflandstr. 67, Haus 2, III. — Prospekte gratis.

Winterberdienst! Kreidelportraits!

Praktische Anleitung zur Portrait-Kreidelübermalung, ohne Apparate. Mark 1.25, keine Briefmarken. Max Pega, Maler-Retoucheur, Berlin 55, Sufelandstr. 21.

Gebr. C. u. H. Dreier,

Bremerhaven, Kaiserstr. 44, IV. L. Schule für Dekorationsmalerei, Holz- und Marmor-Imitation, sowie für Schriften.

Matt und Glanzvergoldung. Wintersemester: 1. November bis 31. März. Prospekte gratis und franko.

Detmolder Malerschule

Spezial-Lehrkräfte für Dekorationsmalerei. — Holz, Marmor, Schrift. Prospekt frei.

Erstklassige Kölner Holz- u. Marmorschule

Georg Haaf, Köln a. Rh., Grosse Brinkgasse 9.

Beginn der Kurse 1. November bis 15. Febr. Eintritt jederzeit - Keine Zeitverschwendung. Einfachste und praktische Methode - Zahlreiche Anerkennungen von Schülern - Für gute Ausbildung Garantie - Für ältere Schüler separater Raum - Prospekt frei.

Der „Vereins-Anzeiger“ erscheint wöchentlich Sonnabends, für die Mitglieder der Vereinigung unentgeltlich. Im Abonnement kostet derselbe für Deutschland und Oesterreich 1.20 M pro Exemplar, für das übrige Ausland 1.50 M, durch die Post bezogen 1.20 M. — Inzeigen kosten die 4 gelbsten Zeilen oder deren Raum 40 S (der Betrag muß stets vorher eingekassiert werden). Vereinsanzeigen 20 S die Zeile.

Der heutigen Nummer liegt die Nr. 44 des Korrespondenzblattes für die Bevollmächtigten und Vertrauensleute bei.

Für die Redaktion verantwortlich M. Carl Hamburg, Schmalenbekerstr. 17. Verlag von S. Wenzler, Hamburg 22. Druck von Fr. Meyer, Hamburg 23.

5. Gewerkschaftskongress Oesterreichs.

Am 20. Oktober wurde im großen Saale des Arbeiterheim Ottakring in Wien der 5. ord. Gewerkschaftskongress eröffnet. Anwesend waren 279 Delegierte, die 388 536 Mitglieder vertraten. Als Gäste waren von den deutschen Gewerkschaften Legien, von der ungarischen Gewerkschaftskommission Jassy anwesend. Den Geschäftsbericht erstattete der Sekretär Hueber. Daraus geht hervor, daß die Einnahmen der Reichskommission in der Berichtsperiode 243 730,35 Kronen, die Ausgaben 225 792,05 Kronen betragen, somit ein Ueberschuß von 17 938,30 Kr. verbleibt. Der Reichskommission gehörten im Jahre 1906 49 Zentralverbände und 89 Lokalvereine mit 448 270 Mitgliedern an. Von den der Gewerkschaftskommission angehörenden Organisationen wurden an Reise-, Kranken-, Sterbe-, Unfall- und Arbeitslosenunterstützung im Jahre 1906 2 237 739,19 Kronen ausbezahlt. Die Auflage der Fachblätter beträgt 458 670 Exemplare. Die Aufgaben der Kommission häuften sich infolge der durch die nach reichsdeutschem Muster entstandenen Unternehmerorganisationen heraufbeschworenen großen Kämpfe. Die Kommission sah sich verpflichtet, um in einzelnen großen Kämpfen den bedrohten Gewerkschaftsverbänden finanzielle Hilfe verschaffen zu können, einen Fonds unter dem Namen Solidaritätsfonds zu schaffen. Infolge des großen Aufschwunges der Gewerkschaftsbewegung Oesterreichs sind sowohl die Einnahmen der Reichskommission, wie auch die Ausgaben in gleicher Weise gestiegen. Nach längerer Diskussion wurde der Kommission Decharge erteilt.

Ueber das Arbeitsstatistikamt berichtet Gen. Smitka. Es fehlt dieser Institution an jeglichem Einfluß auf Regierung und die gesetzgebenden Körperschaften. Das Amt hat Erhebungen angestellt über Bleierkrankungen, die Arbeitszeit im Expeditionsgewerbe, hat Beratungen gepflogen über Kranken- und Unfallversicherung und eine Reihe von Erhebungen veröffentlicht, die für die Arbeiterschaft von hohem Wert sind. Ueber die Arbeiten der Unfallversicherungskommission berichtet Gen. Siegel. Diese Kommission ist durch kaiserliche Verordnung vom Jahre 1899 ins Leben gerufen worden. Sie ist zusammengesetzt aus 8 Unternehmern, 8 Professoren und Regierungsbekleideten und nur 4 Arbeitern. Bei dieser Zusammenfassung sei es nicht verwunderlich, wenn diese Kommission nur wenig im Interesse der Arbeiterschaft getan habe. So habe es z. B. fünf Jahre gedauert, ehe die Unfallversicherungsverschriften für das Baugewerbe fertiggestellt worden seien. Von 1903 bis 1906 habe die Kommission überhaupt nicht bestanden. Ueber die Tätigkeit des Wasserstraßenausschusses berichtet Gen. Hueber: An die Arbeiten gerade dieser Kommission habe man große Hoffnungen geknüpft. Man habe geglaubt, daß Kanäle vorbereitet würden zur Verbindung der Donau mit der Ober-, Weichsel und Elbe. Aus all diesen Plänen sei nichts geworden und der Ausschuss habe schon 1905 keine Sitzung mehr abgehalten.

Darauf begannen die Verhandlungen über den wichtigsten Punkt des Kongresses: Organisation und Taktik. Gen. Hueber als Referent schilderte die vollkommen veränderten Verhältnisse, unter denen die Gewerkschaften Oesterreichs seit zwei Jahren kämpfen müssen. Das rasche Anwachsen der Unternehmerorganisationen und deren Wirkung auf die nun großen und andauernden Streiks und Aussperrungen. Die jetzige Form der Organisation und Taktik der einzelnen Branchen sei auf die Dauer unhaltbar. Es gehe nicht an, daß in einem industriellen Großbetriebe durch eine kleine Zahl der dort Beschäftigten, welche einem anderen Zentralverbande als dem, welchem die Mehrzahl der dort beschäftigten Arbeiter angehört, die Masse auf Wochen hinaus ausgesperrt werde. Um diesem Uebelstand zu steuern, müsse eine Regelung herbeigeführt und die Organisation nach Betrieben durchgeführt werden. Ebenso müsse eine enge Fühlung in solchen Fällen zwischen den einzelnen Zentralverbänden hergestellt und die Lohnkämpfe im vollen Einverständnis einheitlich durchgeführt werden. Eine wichtige und notwendige Waffe sei der Solidaritätsfonds, für dessen weiteren Bestand Redner eintritt. Nach sehr eingehender Debatte gelangten folgende Anträge zur Annahme:

1. Betriebsorganisation.

Der Gewerkschaftskongress erklärt und anerkennt zum Zwecke der einheitlichen Führung der Lohnkämpfe die Betriebsorganisation als eine höhere Organisationsform innerhalb der gewerkschaftlichen Zentralorganisationen jener Industrien und Gewerbe, deren Betriebe eine gewisse Einheitlichkeit und Geschlossenheit aufweisen.

Um die bereits bestehenden Freiräume unter den Betriebsorganisationen zu beheben, beschließt der Kongress:

1. Lohnbewegungen jeder Art der Arbeiter eines solchen Betriebes müssen, wo die Betriebsorganisation noch nicht besteht, in gegenseitigem Einvernehmen mit den vor kommenden Organisationen beraten und beschlossen werden. Dieses Einvernehmen ist auch in jenen in näheren Beziehungen stehenden Gewerben zu versuchen, deren Betriebe sich nicht für Betriebsorganisation eignen. In jenen Fällen, wo dieses Einvernehmen nicht hergestellt wurde, kann seitens der Gewerkschaftskommission jede Art von Unterstützung verweigert werden.

2. Kollektiv- oder Betriebsverträge sollen womöglich einheitlich für den ganzen Betrieb durch die Hauptberufsorganisation im Einverständnis mit den Organisationen der Hilfsberufe abgeschlossen werden. Der Hauptberuf ergibt sich aus dem Betriebscharakter, respektive richtet sich nach der Mehrzahl der in der Industrie oder dem Gewerbe beschäftigten Arbeiter eines solchen Betriebes. Die einzelnen Gewerbe, deren Arbeiter in der Minderheit sind, werden auch dann als Hilfsberufe bezeichnet, wenn diese Arbeiter zusammen die Mehrheit in dem Betriebe bilden sollten.

2. Uebertrittsbestimmungen.

Mitglieder von Gewerkschaften, die der Reichskommission angehören und infolge eines Arbeitswechsels von einer zur anderen Organisation übertreten, werden mit ihnen Rechte auf die Unterstützungseinrichtungen aufgenommen, die sich dieselben bereits in ihrem Verband erworben haben. Rechte aus dem ursprünglichen Verband auf Einrichtungen, die in dem Verband, in welchen übertreten wird, nicht existieren, erlöschen beim Uebertritt.

8. Bestimmungen über den Solidaritätsfonds.

Der Solidaritätsfonds der Reichskommission der Gewerkschaften Oesterreichs wird alljährlich bis zum nächsten Kongress im Betrag von 60 Hellern von jenen Mitgliedern, die der Reichskommission angehören, durch die Berufsorganisation eingehoben. Die Einhebung erfolgt mittelst der hierzu bestimmten Karten und Marken, die von der Reichskommission ausgegeben werden.

Der Solidaritätsfonds darf nur für Abwehrkämpfe verwendet werden. Unter Abwehrkämpfen sind hauptsächlich Aussperrungen und Kämpfe um den Bestand der Gewerkschaftsorganisation zu verstehen. Andere Fälle, die als solche etwa zu qualifizieren wären, sind der Gewerkschaftskommission zur Entscheidung vorbehalten.

Die Reichskommission hat das Recht, Darlehen und Unterstützungsbeiträge für in Abwehrkämpfen stehende Organisationen zu gewähren.

Alljährlich ist ein genauer Kassenbericht an die Organisationen zu versenden.

Ueber Arbeiterschutz und das neue Parlament referierte Johann Genosse Beer, der seine Forderungen in eine Resolution zusammenfaßte, die zur Annahme gelangte. Ueber Alkoholismus und Gewerkschaft sprach Genosse Dr. Adler. Die zur Annahme gelangte Resolution lautete:

„Der Kongress erblickt im Alkoholismus einen schweren Schädiger der physischen und geistigen Kampffähigkeit der Arbeiterklasse, einen mächtigen Hemmschuh aller organisatorischen Bestrebungen der Gewerkschaften — die daraus erwachsenden Schäden zu beseitigen, darf kein Mittel unversucht bleiben.“

Das erste Mittel in diesem Kampfe wird stets die ökonomische Hebung des Proletariats sein; eine notwendige Ergänzung hierzu bildet aber die Aufklärung über die Alkoholvergiftung und die Erhütterung der Trinkvorurteile.

Der Gewerkschaftskongress empfiehlt daher allen Organisationen und Genossen die Förderung der alkoholgegnerischen Bestrebungen und erklärt als einen ersten wichtigen Schritt in diesem Kampfe die Abschaffung des Trinkwanges bei allen Zusammenkünften von Organisationen.

Den für die Abstinenz gewonnenen Genossen ist als wirksamstes Mittel der Agitation gegen den Alkohol der Zusammenbruch im Sozialdemokratischen Bund abstinenten Arbeiter zu empfehlen, der wieder dafür zu sorgen haben wird, daß seine Mitglieder ihrer Pflicht gegen die politische und gewerkschaftliche Organisation nachkommen.“

In die Gewerkschaftskommission wurden gewählt: Heinrich Beer, Anna Wolkef, Alex. Da Pir, Josef Dworacek, Julius Grünwald, Ferdinand Hanusch, Anton Hueber, Möller, Rudolf Müller, Thomas Wrtkewitsch, Franz Rader, Anton Schrammel, Franz Silberer, Johann Suchanek. Als Ersatzleute: Josef Maier, Josef Tomšič, Ernst Sibel, Heinrich Heisinger, Julius Piper, Adolf Rech.

Gewerkschaftliches und Soziales.

Der Streit der Berliner Töpfer ist zu Gunsten der Arbeiter beendet worden. Am 4. Nov. wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Durch Abstimmung haben die Stukkateure die Verschmelzung mit dem Zentralverband der Maurer abgelehnt. Von 8813 Mitgliedern beteiligten sich 6612 = 75,15 Proz. an der Abstimmung. 4434 stimmten gegen (67 Proz.) und 2127 (rund 32 Proz.) für den Anschluß. Hauptächlich die größeren Filialen haben dagegen gestimmt. Damit ist das Problem der Verschmelzung der beiden Verbände abgelehnt und scheidet vorläufig aus der Diskussion aus.

Wahregelung der Gießener Tabakfabrikanten. Trotz der bestimmten Zulage der Gießener Tabakfabrikanten vor dem Eingangsamt, daß keine Wahregelungen vorgenommen werden sollen, hat die Firma Haas in Heuchelheim und Rinzenbach (Süd Dillenburg) die Aussperrungen gemahregelt. Der Boykott gegen die Haas'schen Fabrikate muß jetzt energisch durchgeführt werden.

Die Aussperrung im Meißner Granitwerk Osvald Köhler ist noch nicht beendet. Nach wie vor weigert sich Herr Köhler, organisierte Arbeiter einzustellen.

Internationale Gewerkschaftstaktik. Ueber die Stärke der Gewerkschaften in den hauptsächlichsten Ländern bringt das neueste Bulletin des Newyorker Arbeitsamtes nachfolgende Zusammenstellung: Danach stehen die Vereinigten Staaten und Kanada mit 2 300 000 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern (vorläufige Berechnung bis 1907) noch immer an der Spitze. Dagegen ist Großbritannien im Jahre 1906 durch Deutschland überholt und an die zweite Stelle gedrängt worden. Die britischen Gewerkschaften hatten am 1. Januar 1906 einen Mitgliederbestand von 1 887 823, während in den deutschen Gewerkschaften die Christlichen, Christ-Donnersteden usw. mit eingerechnet, im Jahre 1906 2 215 165 Mitglieder vereinigt waren. Große Fortschritte im letzten Jahre haben auch Oesterreich und die skandinavischen Länder gemacht, während Spanien zurückgegangen ist. Uebrigens hat auch die große amerikanische Federation der Arbeit im Jahre 1906 einen Verlust von circa 50 000 Mitgliedern gehabt. Es steht zu erwarten, daß Deutschland in wenigen Jahren auch die Vereinigten Staaten überholt haben wird.

Der deutsche Holzarbeiterverband im Jahre 1906. Das Jahrbuch des Verbandes zum ersten Male herausgegeben, erzählt von einem Jahre voll lebhafter und im wesentlichen auch erfolgreicher Kämpfe: eine Lehre für alle, die unseren deutschen Gewerkschaften den Charakter als Kampforganisationen abspredhen und sie als bloße Wohlfahrtsanstalten behaupten oder ihre Kämpfe für ergebnislos halten. Von rund 146 400 Mitgliedern im Jahresdurchschnitt waren etwa 60 000 gleich 41 Proz. an Lohnbewegungen beteiligt (dazu weitere 16 000 aus anderen Organisationen oder Unorganisierte). Für 40 900 der Beteiligten in 599 Fällen wurden die Differenzen ohne Kampf erledigt; an 374 Angriffstreiks waren 19 200 (davon 800 weibliche), an 187 Abwehrstreiks 3800 (170), an 76 Aussperrungen 11 900 (115) Arbeiter beteiligt; insgesamt 34 900, wovon 30 800 dem Verbandsangehörten.

Die Ausgaben betragen 1 658 800 M., davon 1 258 000 M. aus der Verbandskasse, 376 400 M. aus den Lokalkassen. Die Einnahmen von anderen Gewerkschaften, Sammellisten und dergl. spielen daneben eine verschwindend kleine Rolle: ein Zeichen der inneren Kräftigung der Organisation. Am besten beleuchtet es die Nebenarten von dem Erschaffen der Kampffähigkeit, daß die Ausgaben für Kampfszwecke 1906 um über 482 000 M. gleich 41 Proz. höher waren als im Vorjahre und mehr als zwei Drittel der gesamten Ausgaben dieser Art in den 11 Jahren von 1893—1903 betragen.

Von den stattgefundenen Kämpfen endeten für die Arbeiter

	erfolgreich		teilw. erfolgreich		erfolglos	
	Kämpfe	beteiligte Personen	Kämpfe	beteiligte Personen	Kämpfe	beteiligte Personen
Angriffstreiks	70 (68)	69 (52)	15 (19)	18 (22)	15 (13)	13 (20)
Abwehrstreiks	63 (58)	58 (56)	9 (10)	10 (11)	28 (32)	32 (33)
Aussperrungen	22 (47)	16 (61)	10 (21)	12 (18)	68 (32)	32 (21)
zusammen	63	49	13	15	24	36

Die eingeklammerten Zahlen bedeuten die des Vorjahres.

Insgesamt erzielten 36 570 (i. V. 25 485) Arbeiter eine Verkürzung der Arbeitszeit um durchschnittlich 2,7 (2,4) Stunden pro Woche und 46 942 (32 703) eine Lohn-erhöhung von durchschnittlich 1,67 (1,62) M. pro Woche oder 87 (84) M. pro Jahr. Der entgangene Arbeitsverdienst betrug 2 440 000 M., wovon durch die Streikunterstützung 1 616 000 M. gedeckt wurden. Es blieb mithin eine Einnahme von 824 000 M., der ein Mehrverdienst von jährlich 4 065 000 M. und eine Arbeitszeitverkürzung von 5 120 000 Stunden im Jahre gegenübersteht. Also eine reichlich sich lohnende Opferwilligkeit.

In 274 Fällen wurde ein Tarif abgeschlossen. Wenn uns auch die Vorgänge im Anfang des Jahres 1907 warnen, den Wert solcher „Friedensdokumente“ zu überschätzen, so bringen sie doch die gegenseitigen Kraftverhältnisse zum Ausdruck. Die Innehaltung dieser Verträge seitens der Unternehmer wird wesentlich davon abhängen, ob unsere Mitglieder durch Stärkung ihrer Organisation sich in die Lage versetzen, ihre Kraft nötigenfalls jederzeit zu betätigen. sagt treffend der Bericht. Die relativ größte Zahl der Verträge (9), darunter einige der anspruchsvollsten, entfiel auf München. Selbst bis zur Höhe ist die Macht der Organisation gediegen und hat dort die 10stündige Arbeitszeit und die Abschaffung des Kost- und Logisweizens durchgesetzt.

Der Verband zählte Ende 1906: 767 (i. V. 714) Bahnhöfen in 15 Gauen mit 151 700 (150 100) Mitgliedern. Die Zahl der Neuaufgenommenen betrug 63 100; die wirkliche Zunahme indessen nur 21 600; es gibt mithin noch immer eine sehr erhebliche Zahl von Zugvögeln. Im ganzen ergibt sich folgende Entwicklung:

Jahr	Bahnhöfen	Mitglieder	davon weibliche
1893	356	23 800	—
1896	476	37 800	453
1900	568	70 600	755
1903	629	83 700	611
1905	714	130 100	1797
1906	767	151 700	3550

Berlin zählte rund 27 800, mit den Vororten rund 32 000 Mitglieder, d. i. 21 Proz. der Gesamtzahl. Zum ersten Male sind 42 jugendliche Mitglieder (unter 17 J.) nachgewiesen. Im Oktober 1906 traten der Verband der Bergarbeiter mit 1536 und der Berliner Maschinenarbeiterverband mit 1740 Mitgliedern dem Verbands bei. Der Kassenbericht weist eine Einnahme von rund 2 383 400 M. auf, den Kopf des durchschnittlichen Mitgliedes 20,37 M. auf. Aus Beiträgen kommen davon 2 880 000 M. An Kapitalanlagen gingen 32 500 M. ein, 50 650 M. betrug das Vermögen der übertretenden Verbände. Von den Ausgaben der Verbandskasse (2 889 000 M.) entfielen auf:

Streikunterstützung	1 267 800 M.
Gemahregelungenunterstützung	41 000
Umzugsunterstützung	85 700
Arbeitslosenunterstützung	325 700
Reiseunterstützung	110 100
Kostunterstützung	6 600
Sterbegeld	84 000
Nachschuß	20 000
Presse	89 500
Agitation	147 400
Gesellschaften und Entschädigungen (gleich 1 Proz. der Einnahmen)	29 648

Der Bericht, der noch eine Reihe weiterer wertvoller Mitteilungen enthält, bietet namentlich durch die Berichte der Gauleiter und der Arbeitslosenstatistik interessante Einblicke in das Leben eines großen Verbandes und die wirtschaftlichen Verhältnisse einer breiten Arbeiterschaft. Zusammen mit den zahlreichen Berichten über die Lage einzelner Gruppen, die der Verband schon früher herausgegeben hat, ist es ein kleines Arsenal gewerkschaftlicher Aufklärungsmittel, von dem hoffentlich die Mitglieder des Verbandes, der zu den bestorganisierten unter den deutschen Gewerkschaften gehört, eifrig Gebrauch machen werden.

Baugewerbliches.

In München findet am 10. November eine 2. Bauarbeiterkongress-Konferenz statt. Sie soll Mittel und Wege finden, um sowohl die landespolizeilichen Vorschriften vom 24. Juli 1904 zum Schutze der bei Bauten beschäftigten Personen zu ergänzen, als auch die Durchfuhrung der Bundesratsvorschriften für die Bauarbeiter in der Bauergewerbe und für die Steinbrüche und Steinhauereien zu fördern. Im besonderen fordern die Arbeiter, daß Vorschriften erlassen werden sollen für die Ausschüttung von Beton. Die Anzeigepflicht für Verfertigung von Baugerüsten aller Art, wie solche von der Sozialbaukommission München erlassen wurde, solle durch die Regierung auf ganz Bayern ausgedehnt werden. Die Verordnungen vom 29. März 1906 sollte dahin Ergänzung finden, daß in allen Orten Bayerns mit mehr als 5000 Einwohnern Baukontrolleure aus dem Arbeiterstande angestellt werden müssen. Die anzustellenden Baukontrolleure sollen in öffentlicher Wahl durch die Bauarbeiter direkt gewählt werden. Dringend nötig ist ferner die

Ausgestaltung des Bauarbeiterchubes in den kleineren Städten und auf dem Lande. Es soll für jedes Bezirksamt dem Distriktsbautechniker ein Baukontrolleur beigegeben werden. Die Baukontrolleure sollen das Recht erhalten, bei dringender Gefahr sofortige Einstellung des Baues anzuordnen. Sie sollen auch alle Bauten, staatliche, wie private, gleichviel von wem sie ausgeführt werden, in ihre Tätigkeit einbeziehen. Endlich ist die Schaffung eigener Bestimmungen im Straßengesetz bei Nebertretung der einschlägigen Vorschriften notwendig.

Betrachtet man den Widerstand vieler Unternehmer auch gegen den geringfügigen Schutz der Arbeiter, namentlich gegen jede Verbesserung der bestehenden Bauarbeiterchubsvorschriften, so wird die wichtige sozialpolitische Bedeutung der diesjährigen Konferenz jedem verständlich. Es ist deshalb zu erwarten, daß die Bestrebungen der Arbeiter zur Abwendung von Gefahren und Abstellung der größten Mißstände die Unterstützung aller Behörden und Interessenten finden werden.

Gerichtliches.

Christliche Gewerkschafter wegen Mordversuchs vor dem Schwurgericht. Im Frühjahr d. J. streikten in dem Wallfahrtsort Revelaer die Bauarbeiter. Beteiligt waren an dem Streik nur christliche Gewerkschafter. Den christlichen Unternehmern fiel es gar nicht ein, die winzigen Forderungen ihrer politischen Gesinnungsgenossen zu bewilligen. Nicht allein die Behörde, sondern auch die übergroße Mehrheit der Bürgerschaft sympathisierte mit den Unternehmern und der Kampf nahm, als diese sich Streikbrecher aus Holland holten, sehr scharfe Formen an. In der Nacht vom 31. Mai zum 1. Juni wurden an dem Neubau des Bilgerheims, an dem eine ganze Anzahl Arbeitswilliger beschäftigt waren, die Stricke des Gerüsts durchschnitten. Am nächsten Vormittag bemerkte man dies. Bei näherer Untersuchung stellte sich heraus, daß geplant war, die Streikbrecher in die Tiefe stürzen zu lassen, nur durch Zufall wurde das verhütet. Man vermutete sofort unter den Streikenden die Täter und schon am 3. Juni wurden zwei derselben, die Gebrüder Decker, verhaftet. Sie gestanden die Tat ein und behaupteten, zu derselben von dem christlichen Gewerkschaftsbeamten Schwarz aus Crefeld, ihrem Streikführer, angestiftet worden zu sein. Daraufhin wurde Schwarz auch verhaftet, aber nachdem er neun Wochen in Untersuchungshaft zugebracht, wieder entlassen, während man die beiden in Haft behielt.

Dieser Tage hatten sich nun, wie uns aus Crefeld berichtet wird, die Gebrüder Decker und Schwarz wegen Mordversuchs und Anstiftung vor dem Schwurgericht zu verantworten. Die Angeklagten bleiben auch in der Verhandlung dabei, sie wären von Schwarz an der Tat angestiftet worden. Dieser habe ihnen gegenüber erklärt, es müsse ein Traid geschehen, um die Bewegung in Fluß zu bringen. Auf die Bemerkung der Decker, dies sei aber nicht christlich, habe er geantwortet: die Base (Unternehmer) handeln auch nicht christlich, er käme für alles auf, der Verband zahle alles. Einer der Angeklagten behauptete sogar, von Schwarz 1 M erhalten zu haben, um sich Mut anzulaufen. Schwarz bestritt ganz entschieden, sich derartig geäußert zu haben. Vom Staatsanwalt wurde ein Schreiben, das Schwarz an die Bauberufsgenossenschaft in Düsseldorf gerichtet, als Beweismittel ins Feld geführt. Schwarz hatte nämlich in dem Brief aufgefordert, die Berufsgenossenschaft solle das Gerüst des Bilgerheims untersuchen lassen, denn dasselbe sei eine Menschenfalle, die Polizei in Revelaer kimmere sich aber nicht darum. Dieser Brief war vom 1. Juni datiert, aber am 31. Mai schon in die Hände der Ankläger gelangt. Der Staatsanwalt gab der Meinung Ausdruck, daß, wenn der Streik Erfolg im Sinne der Täter gehabt, seitens der Streikenden erklärt worden wäre, sie hätten früh genug auf die schlechte Beschaffenheit des Gerüsts hingewiesen. Schwarz antwortete, die Dattierung beruhe auf einem Irrtum. Seitens des Verteidigers von Schwarz wurden die Christlichen, im Gegensatz zu den freien Gewerkschaften, die nur den Umsturz wollten, als brave Kinder bezeichnet. Die Geschworenen verneinten die Fragen, die auf Mordversuch und Anstiftung lauteten, und nahmen nur vorläufige Sachschädigung an. Die Decker hatten während der Verhandlung erklärt, daß sie nur beabsichtigt hätten, die Streikbrecher in Angst zu versetzen. Das Urteil lautete für die Gebrüder Decker auf 4 resp. 2 Monate Gefängnis, was wurde ihnen die Untersuchungshaft angerechnet; Schwarz wurde freigesprochen. — Die Angeklagten haben milde Richter gehabt.

Versammlungsberichte.

Berlin. Eine gut besuchte Filialversammlung in Dräsel's Resthale beschäftigte sich mit dem Zusammenschluß unserer Arbeitgeber auf dem Malertag in Hannover. Solange Jakobkeit referierte und hob hervor, auffallend wirkte der zutage getretene Gegensatz in der Stellungnahme zu den Tarifverträgen. In München wehte vor zwei Jahren noch der Wind für Abschaffung resp. Bekämpfung der Tarifverträge, in Hannover dagegen konnte man von einem Schaden, hervorgerufen durch Tarifverträge, bei derseitiger Organisation, absolut nichts mehr vernehmen, demgemäß sei zu konstatieren, daß die Arbeitgeber sich veranlaßt sehen, unsere Organisation anzuerkennen. Ihre Zusammenschluß beweist uns ferner, daß man den stetig zunehmenden Fortschritt unserer Organisation respektieren gelernt hat. Gewiß seien viel schöne Worte von den Rednern bezüglich des Friedens in unserem Gewerbe gesprochen worden, aber auch den Klassenkampf zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer habe man offen hervorgehoben. Charakteristisch seien die radikalen Phrasen des Abichtstagsabgeordneten Frl vom Zentrum, der auf der einen Seite in seiner Forderung für die Vertretung der Lebensmittel durch Unterstützung des Zolltarifs eintrete, andererseits die ihm ein paar Pfennige Lohn kämpfenden Arbeiter durch Ausschaltung der Arbeitgeberverbände zu gestügten Geloten zu degradieren wünsche. Redner beleuchtet dann noch die Taktik, die darauf hinauslaufe, den Kampf von Tarifverträgen möglichst auf der ganzen Linie entzünden zu lassen, worauf ja die bereits abgeschlossenen Tarife hinzielen. Dem können wir jedoch ruhig entgegensehen, sei doch die Kollegenchaft im Winter zu 75 Prozent und mehr schon arbeitslos. Aber für uns gilt es nicht, erst so lange zu warten, sondern agitatorisch dahin zu wirken, den letzten Mann für unsere Organisation zu gewinnen und darum auf zu neuer Arbeit! In der sich hieran anschließenden Diskussion erklärten sich sämtliche Redner mit den Ausführungen einverstanden. Hierauf gab Kollege Klog als

Vertreter der Gewerkschaftskommission einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit derselben von 1906. Als Vertreter wurden die Kollegen Wieß, Klog, Röth und Eisner wiedergewählt. Betreffs des Hoytotts des Warenhauses von Jandorf erklärte sich die Versammlung nach Kenntnisnahme des Sachverhalts seitens des Vorsitzenden Kollegen Wieß dafür und macht es sich zur Pflicht, für strikte Durchführung im weitgehendsten Sinne Sorge zu tragen.

Frankfurt a. M. Die am 30. Oktober stattgefundene Generalversammlung der hiesigen Filiale erfreute sich eines guten Besuches und dürfte für die Entwicklung derselben wichtige Beschlüsse gefaßt haben, insofern, als auf der Tagesordnung neben dem Kassen- und Geschäftsbericht verschiedene Anträge zur Beratung standen, so unter anderem die Anstellung eines Stadtkassierers. Der Kassenbericht ließ, was trocken Zahlenmaterial anbetrifft, nichts zu wünschen übrig. Eingenommen wurde inkl. Kassenbestand von 6709,74 M vom zweiten Quartal 26 035,86 M, darunter ein Bestand von den beiden verschmolzenen Filialen Offenbach und Widenen von 547,52 M. Die Ausgabe betrug insgesamt 17 862,70 M, davon an die Hauptkasse 11 068,84 M. Als größere Kosten sind noch die Krankenunterstützung 1655,95 M, Agitation 317,30 M und Einkassierung der Beiträge 1283,59 M zu nennen. In der Filiale ist am Schluß des dritten Quartals ein Kassenbestand von 8173,16 M vorhanden. Die Mitgliederbewegung ergibt eine unwesentliche Zunahme. Einem Gesamtzugang von 542 Mitgliedern (darunter 172 Aufnahmen und 283 durch Verschmelzung) steht ein Abgang von 330 Kollegen gegenüber, darunter 186 abgereiste und 62 gestrichene. Vorhanden sind am Quartalschluß 2704 Mitglieder, wovon 2686 volle 13 Wochen bezahlt haben. Die Beitragsleistung ist immerhin als eine gute zu bezeichnen, wenn man bedenkt, daß die Konjunktur am Ort schon ziemlich schlecht ist. Ueber den Geschäftsbericht, der längere Zeit in Anspruch nahm, ist wenig bemerkenswertes zu sagen. Das dritte Quartal war in bezug auf wirtschaftliche Kämpfe ein ruhiges. Nur in Jernburg traten unsere Kollegen (Lackierer) gezwungen in eine Bewegung, ein Ende dieses Kampfes (Dauer fünf Wochen) ist noch nicht abzusehen. Die Unternehmer beharren auf ihrem Standpunkt und verpulvern ihr Geld in nutzlosen Annoncen, auch in den kleinsten Wurzblattchen. Die Agitation wurde untererweis mit Hochdruck betrieben; außer 9 Vorstandssitzungen, 6 Konferenzen, 9 Werkstättenversammlungen, 3 Bezirksversammlungen und 3 Versammlungen am Ort wurden 55 Haftstellen besetzt, in denen aufklärende Vorträge gehalten resp. Hausagitation betrieben wurde. Im übrigen erwähnte der Geschäftsbericht noch einige krasse Verweigerungsfälle, die durch die Anstellung der Organisation ausgefochten werden mußten. Der Antrag des Vorstandes, das bestehende Provisorium des Stadtkassierers zu einer ständigen Einrichtung zu machen, wurde ziemlich lebhaft diskutiert. Hervorgehoben konnte werden, daß das Resultat dieser Einrichtung als besonders günstig bezeichnet werden kann. Es stellt sich die Ausgabe für jede verkaufte Marke auf durchschnittlich 4 1/2 M nach achtwöchentlicher Kaffierung und ist zu erwarten, daß dieser Betrag noch zurückgehen wird. Ebenso konnte konstatiert werden, daß die Fluktuation unter den Mitgliedern ganz bedeutend nachgelassen und die Wohnungskontrolle eine viel genauere geworden ist. Der Antrag des Vorstandes wurde mit großer Majorität angenommen und der Kollege Deitrich als Kassierer gewählt (bisher provisorisch). Durch diesen Beschluß ist unbedingt einem lange fühlbaren Uebelstand abgeholfen und der Fluktuation unter den Mitgliedern eine gewisse Grenze gesetzt worden. Ein Antrag, die Wintermarkte gleichfalls mit 4 M (wie im Sommer) zu vergüten, wurde einstimmig angenommen. Als Delegierte für die am 17. November in Wiesbaden stattfindende Bezirkskonferenz wurden die Kollegen Blöcher und Lehmann gewählt. Mit der Aufforderung zu reger Agitation unter den uns noch fernstehenden Kollegen wurde sodann nach Erledigung der Tagesordnung die Versammlung geschlossen. M. T.

Magdeburg. Sonntag den 27. Oktober tagte im Restaurant „Sachjenhof“, Gr. Storchstr. 7, eine von über 100 Kollegen besuchte öffentliche Versammlung, in der Kollege Streine über das Thema „Welche Lehren zieht die Magdeburger Kollegenschaft aus dem auf dem kürzlich stattgefundenen Malertag vollzogenen Zusammenschluß unserer Unternehmer?“ referierte. In überzeugender Weise verstand es der Referent, den Kollegen die Entwicklung des Unternehmertums vom Innungsneßen bis zu den heutigen Arbeitgeberverbänden sowie die für uns so überaus wichtigen Verhandlungen des hannoverschen Malertages vor Augen zu führen. Zum Schluß seiner Ausführungen appellierte er speziell an die Magdeburger Kollegen, für den Ausbau der Organisation am Orte tatkräftig mitzuwirken, um allen Plänen der Arbeitgeber, die Existenz- und Lebensverhältnisse unserer Kollegen zu verschlechtern, wirksam entgegenzutreten zu können. In der folgenden Diskussion meldete sich der Gewerkschaftssekretär Büttner zum Wort. Er erklärte sich mit den Ausführungen des Kollegen Streine einverstanden und suchte nur gegen die Ausführungen einiger Diskussionsredner das angegriffene Ehrgefühl der Gewerkschafter zu verteidigen. Obwohl Büttner wiederum die Behauptung aufstellte, die freien Gewerkschaften hätten den offenen ehrlichen Weg der Gewerkschaften endlich beschritten, mußte er doch zugeben, daß nur die Stätte und machtvolle Entwicklung der freien Gewerkschaften Tarifverträge bedingt hat und anerkennen, daß durch die Kraft unserer Organisation 260 Lohnsätze für über 300 Orte gültig abgeschlossen worden sind. Außerdem versuchte er verschiedene Widersprüche aus dem Urteil über den „Deutschen Malertag“ im V.-U. herauszubestimmen, was ihm aber entschieden mißlang. Herr Büttner mußte vom Vorsitzenden der Versammlung darauf aufmerksam gemacht werden, in Folge der vorgezeichneten Zeit (es war fünf Minuten vor 2 Uhr) von der Redefreiheit nicht allzusehr Gebrauch zu machen und schloß er mit der Entscheidung, es nicht genügt zu haben, daß die Versammlung um 2 Uhr beendet sein müsse. Trotz der kurzen Zeit des Schluswortes verstand es der Kollege Streine, in trefflicher Weise die heutige Bedeutungslosigkeit der Gewerkschaften nachzuweisen und daß man nicht nur verhandeln, sondern auch gegebenen Falles kämpfen müsse. Es gehören in erster Linie kraftvolle, auf den Kampf eingetretene Organisationen dazu, um Tarifverträge abzuschließen zu können; die Gewerkschaften aber sind durch ihre materielle sowie finanzielle Schwäche gar nicht in der Lage, Tarife abzuschließen oder überhaupt gestellten Forderungen Nachdruck verleihen zu können.

Die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften haben in der letzten Zeit in Magdeburg recht nützliche Erfahrungen machen müssen, trotzdem sie auf verschiedenen Seiten gewisser Parteischattierungen Fühlung zu erhoffen versuchten,

wurde ihnen in einer kürzlich stattgefundenen liberalen Versammlung eine nicht mißzuverstehende Abgabe zuteil. Eine Freitag den 25. Oktober stattgefundene Versammlung der „Christlich-nationalen Arbeiter“, die den Bericht vom zweiten deutschen Arbeiterkongreß entgegennahm, führte ebenfalls zu dem Ergebnis, daß es zu festigen Zusammenstößen der Führer der Christlichen mit den anwesenden Mitgliedern der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften kam. Zum Schluß seiner Ausführungen rief der christliche Arbeitersekretär Klotz-Essen den Gewerkschaftern nicht mit Unrecht zu: „Mit Ihrer Harmoniebusel haben Sie nichts erreicht und werden nichts erreichen! Sie befinden sich jetzt zwischen zwei Klüften von rechts und links, noch eine kurze Zeit und Sie werden zermalmt sein!“

Die ganze Entwicklung der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften zeigt heute zur Genüge, daß sie fast auf dem toten Punkte angelangt sind und steht zu hoffen, daß sowohl die uns noch fernstehenden als auch die etwas einschüchternen Kollegen des Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftsvereins in Magdeburg bald kennen lernen werden, daß ihre wirtschaftlichen Existenz- und Lebensverhältnisse nur noch von den freien Gewerkschaften resp. unserem Verbande vertreten werden. Mag man auch bis in letzter Zeit mit allen nur erdenklichen Mitteln seitens des Magdeburger Arbeitgeberverbandes der Malermeister gegen unsere Organisation gearbeitet haben, so wird man doch bald auf jener Seite zu einer besseren Einsicht gelangen müssen, daß unser Verband heute ein Machtfaktor geworden ist, mit dem gerechnet werden muß. Mögen die Magdeburger Kollegen aus der Entwicklung der jetzigen Arbeitgeberverbände unseres Berufes die nötigen Lehren ziehen und für eine kräftige Vorwärtsentwicklung der Filiale mit Sorge tragen.

Technisches.

Graphit als Basis für Anstrichfarben. Die Verwendung von Graphit bei Anstrichfarben nimmt zu, und es läßt sich auch nicht bestreiten, daß derselbe für diesen Zweck sehr vorteilhafte Eigenschaften besitzt. Mit Del vermischt übt er praktisch keine chemische Wirkung auf letzteres aus und wenn das Del bei der Herstellung der Anstrichfarbe entsprechend behandelt wird, ist es sehr wohl möglich, eine Mischung zu erhalten, welche die Eigenschaften besitzt, sehr fest an metallischen Flächen festzuhaften. Graphit wird auch von Säuren noch von Alkalien angegriffen. Man muß jedoch im Auge behalten, daß die Qualität von Graphit bei verschiedenen Proben außerordentlich schwankt. Einige Sorten Graphit sind als Kohlstoff für Anstrichfarben direkt unbrauchbar, während andere alle Eigenschaften besitzen, welche für den hier in Frage kommenden Zweck erforderlich sind. Mit Graphit hergestellte Anstrichfarben zeichnen sich durch ihr großes Streichvermögen aus.

Literarisches.

Von der Neuen Gesellschaft (Herausgeber Dr. Heinrich Braun und Lily Braun, Verlag Berlin N.W. 6) ist eben das Heft 18 vom 5. Bande erschienen. Mit diesem Nummer stellt die Neue Gesellschaft, diese vorzüglich geleitete Wochenschrift, bedauerlicherweise ihr Erscheinen ein. Der Inhalt des Heftes ist nachstehender: An die Decker — Die Christlich-Nationalen und die Sozialdemokratie. — Karl Reinhold: Die Haager Konferenz. — Edmund Fischer: Baumvolksfrage und Kolonialpolitik. — Charlotte Perkins Gilman: Etwas Besseres als Zuchtwahl. — Alfred Kind: Erotik und Wissenschaft. — Michal Mut: Im Bergwerk. — Glossen.

Internationaler Sozialisten-Kongreß Stuttgart 1907. Unter diesem Titel gelangt soeben das Protokoll der Verhandlungen in Stuttgart zur Ausgabe. Das Protokoll enthält auch die Berichte über die Verhandlungen der Kommissionen Ein Sach- und Sprechregister erleichtern das Nachschlagen. Der Preis des Protokolls ist 1,20 M., eine billige Ausgabe kostet 50 Pf. Zu beziehen ist das Protokoll durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs.

Fachblatt für Holzarbeiter. Heft 10 des zweiten Jahrgangs, Oktober 1907. Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiter-Verband, Stuttgart. — Das Fachblatt für Holzarbeiter erscheint am 15. jeden Monats und ist gegen 1 Mark pro Vierteljahr bei allen Postanstalten und den Verwaltungsstellen des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes zu abonnieren, sowie beim Verlag, Stuttgart, Alsterstr. 43.

Im Verlag von F. S. W. Diez Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: Die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung in Amerika, von H. M. Schütte. XII und 216 Großoktav. Preis broschiert 3 M., geb. 4 M.

Der Verfasser, seit langen Jahren Redakteur der „Newporter Volkszeitung“, beginnt mit dem vorliegenden Bande eine Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten an der Hand eines großen Quellenmaterials, das er sich durch eifrige Sammelarbeit zugänglich gemacht hat.

Aus dem reichen Inhalt heben wir hervor: Wilhelm Weitling und seine Agitation in Amerika. — Negerklabelei und Arbeiterbewegung. — Der sozialistische Turnerbund. Ganz besonders ist der Teil des Buches, der Weitling und seine Agitation behandelt, von großem Interesse. Ihm ist ein Stück Auto-Biographie Weitlings beigegeben, die nirgends bekannt geworden ist und ein vollständig abgeschlossenes Bild seiner Tätigkeit gibt.

„In Freien Stunden“. Illustrierte Romanbibliothek für das Volk. Wöchentlich erscheint ein Heft à 10 Pf. — 12 Heller — 15 Cts. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Heft 40 und 41, die soeben erschienen sind, enthalten die Fortsetzung der Novelle „Die Pilger der Wildnis“ von Johannes Scherr. Bestellungen nimmt jede Buchhandlung und jeder Kolporteur entgegen.

„Frauenleben und deren Verhütung“ nebst einem Anhang „Die Verhütung der Schwangerschaft“. Von Dr. S. Jabel. Neue, durchgesehene Auflage mit 7 Illustrationen. 50. bis 61. Tausend. (Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek Heft 11). Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin.

Das Heft kostet 20 Pf.; eine Ausgabe auf gutem Papier 50 Pf.

Das Schriftenverzeichnis der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, ist in neuer Auflage erschienen. Es ist bedeutend erweitert und vermehrt und die einzelnen Materien übersichtlich angeordnet. Ein Autoren- und Titel- sowie ein Sachregister vervollständigen und erleichtern die Handhabung des Verzeichnisses. Das 160 Seiten starke Büchlein wird auf Verlangen gratis und franko abgegeben. Wir empfehlen das Verzeichnis der Beachtung aller organisierten Genossen und den Bibliothekaren der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen zur besonderen Beachtung.